

Rote Karte für den Tourismus?



10 Leitsätze

und Forderungen
für eine
zukunftsfähige
Entwicklung des
Tourismus im
21. Jahrhundert

AG Rio +10

- Arbeitskreis Tourismus & Entwicklung, Basel
- FernWeh — Forum Tourismus & Kritik, Freiburg i. Br.
- Naturfreunde Internationale, Wien
- respect, Wien
- TOURISM WATCH — EED, Bonn

DANTE

Die **Arbeitsgemeinschaft für Nachhaltige Tourismusentwicklung**

Dank:

Die Schweizer Stiftung für Solidarität im Tourismus (SST), die Naturfreunde Internationale (Wien), TOURISM WATCH — EED (Bonn), respect — Zentrum für Tourismus und Entwicklung (Wien), KATE — Kontaktstelle für Umwelt & Entwicklung (Stuttgart), FernWeh — Forum Tourismus & Kritik (Freiburg i. Br.) sowie der Arbeitskreis Tourismus & Entwicklung (Basel) haben großzügigerweise finanzielle Mittel und Arbeitskraft zur Verfügung gestellt, um diese Publikation zu realisieren. Vielen Dank!

Trägerschaft:

DANTE — Die Arbeitsgemeinschaft für Nachhaltige Tourismusentwicklung — hat auf dem Gesamttreffen im September 2001 die Arbeitsgruppe AG Rio +10 ins Leben gerufen, die für die Redaktion der Broschüre zeichnet. Die DANTE-Mitglieder haben den Entwurf eingesehen und viele wertvolle Anmerkungen gemacht. Namentlich mitgetragen wird die Broschüre von:

akte — Arbeitskreis Tourismus & Entwicklung (Basel); ECPAT Deutschland e.V. (Freiburg i.Br.); FernWeh — Forum Tourismus & Kritik (Freiburg i.Br.); IITF — Institut für Integrativen Tourismus und Freizeitforschung (Wien); KATE — Kontaktstelle für Umwelt & Entwicklung (Stuttgart); Naturfreunde Internationale (Wien); Naturfreundejugend Deutschlands (Remagen); Orlovius & Partner — Intercultural Management Services (Siegburg); respect — Zentrum für Tourismus und Entwicklung (Wien); Stattreisen Hannover; TOURISM WATCH - EED (Bonn); Umweltbüro Neubeuern

Impressum:

Text: Christine Plüss und Martina Backes

Redaktion: Martina Backes, Christian Baumgartner, Manfred Pils, Christine Plüss

Foto/Illustrationen: Christine Plüss, Karin Schickinger

Grafik/Gestaltung: Karin Schickinger

Druck: Schwarz auf Weiss, Freiburg

©

Arbeitskreis Tourismus & Entwicklung

Missionsstr. 21, CH-4003 Basel, info@akte.ch, www.akte.ch

FernWeh - Forum Tourismus & Kritik

Kronenstraße 16a, D-79100 Freiburg i. Br., fernweh-iz3w@t-online.de,
www.iz3w.org

Februar 2002

Zehn Jahre nach Rio:

R

Rote Karte für den Tourismus?

Auf dem Erdgipfel von Rio 1992 hat die Staatengemeinschaft wegweisende Beschlüsse gefasst, wie die kostbaren Ressourcen des Planeten gerechter genutzt und für künftige Generationen erhalten werden können. Im Hinblick auf die Weltkonferenz zur Nachhaltigen Entwicklung (WSSD), die im Sommer 2002 in Johannesburg, Südafrika, stattfinden wird, werden jetzt die Ergebnisse des so genannten Rio-Prozesses evaluiert und neue Strategien entworfen. Das ist bitter nötig, denn die Bilanz fällt insgesamt ernüchternd aus. Der Tourismus steht dabei in besonderer Verantwortung: Rasant hat er sich in den letzten Jahren zum führenden Wirtschaftszweig der Welt entwickelt. Gleichzeitig ist er wie kein anderer auf unversehrte Landschaften, die Vielfalt der Natur und der kulturellen Ausdrucksformen, auf Frieden und Sicherheit angewiesen. Entsprechend hoch müsste sein Einsatz zum Schutz der globalen Umwelt und für soziale Gerechtigkeit sein. Der Weltgipfel WSSD bietet nun die Gelegenheit, den Tourismus umfassend in die Strategien zur nachhaltigen Entwicklung einzuordnen und die dafür notwendige Trendwende einzuleiten.



Chancen und Hoffnungen — aber auch Kosten

Noch nie in der Geschichte der Menschheit sind so viele Reisen geschäftlich oder zum Vergnügen unternommen worden. Zu Beginn des 21. Jahrtausends waren es an die 700 Millionen grenzüberschreitende Reisen, annähernd doppelt so viele wie vor 15 Jahren. Außerdem wurden rund zehn Mal mehr Inlandreisen getätigt. Eigentlich ist es eine historische Chance, dass Menschen unterschiedlichster Herkunft sich begegnen und in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht voneinander profitieren können. Doch bleibt diese Chance nur wenigen vorbehalten: Laut Schätzungen der Welttourismusorganisation (WTO-OMT) kommen nur gerade drei bis fünf Prozent der Weltbevölkerung in den Genuss einer Auslandsreise, und dies sind mehrheitlich Angehörige der reichen Industrieländer oder der begüterten Schichten aus Entwicklungs- und Transitionsländern. Dass das Reisen als Ausdruck von Lebensstil und Form der Freizeitgestaltung in hiesigen Breitengraden enorme Bedeutung erlangt hat, darf nicht über die globalen Disparitäten hinwegtäuschen.

Unbestritten bietet der Tourismus neue Verdienstmöglichkeiten und Entwicklungsperspektiven gerade in ärmeren, strukturschwachen Regionen. So konnten auch die Länder des Südens seit Beginn der achtziger Jahre ihren Anteil am internationalen Fremdenverkehr erheblich steigern. Doch noch immer verbuchen die reichen Industrieländer weit mehr als die Hälfte aller Ankünfte und rund zwei Drittel der weltweiten Einnahmen des internationalen Tourismus, die gemäß den Statistiken der WTO-OMT im Jahr 2000 stolze 476 Milliarden US-Dollar ausmachten.

Der Tourismus ist dank seiner überdurchschnittlich hohen Wachstumsraten in den letzten Jahren — trotz Rezession und Krisen — zum weltweit führenden Wirtschaftszweig avanciert. Mit über 200 Millionen Beschäftigten gilt er als der wichtigste Arbeitgeber der Welt und wird gern als Schrittmacher der Globalisierung, ja sogar als Motor der Entwicklung im 21. Jahrhundert bezeichnet. Entsprechend wird er als Hoffnungsträger für sämtliche verschuldeten Regionen mit Mitteln aus privater und öffentlicher Hand kräftig gefördert, oft in Form von mehr oder weniger verdeckten Subventionen, etwa zum Bau von Infrastrukturen, mit Steuererleichterungen und anderen Liberalisierungsmaßnahmen. Resultat davon ist, dass immer mehr Reiseveranstalter, aber auch Gastregionen mit immer ähnlicheren Angeboten — Hotels, Stränden, Skipisten, kulturellen »Highlights« — auf den globalen Markt drängen, wo sie sich einen erbitterten Konkurrenzkampf liefern. Die Preise für Reisen verfielen über die letzten Jahre drastisch, und die Konzentration in der Tourismusbranche schritt rasch voran: Heute dominieren eine Hand voll transnational operierender, integrierter Konzerne, die gleichzeitig Zugriff auf die Reisenden wie auch auf Unterkünfte und Transport haben, das weltweite Tourismusgeschäft.

Praktisch kostenlos wird dabei die globale und lokale Umwelt gehandelt, deren »Verschleiß« — insbesondere auch durch die grenzenlose Mobilität — in den Reisekosten nicht enthalten ist. Das Nachsehen haben zudem die kleineren AnbieterInnen in Nord und Süd, die sich vielfach um verträglichere Ansätze bemühen, allerdings eine schwache Stellung auf dem globalisierten Tourismusmarkt haben. Die Hauptleidtragenden jedoch sind die benachteiligten Bevölkerungsgruppen in den Tourismusgebieten, insbesondere des Südens: Frauen, Kinder, ethnische Minderheiten und indigene Völker. Aufgrund des übermäßigen Ressourcenverbrauches durch den Tourismus müssen sie oft eine weitere Beschneidung ihrer Lebensgrundlagen hinnehmen, ohne sich wehren zu können oder dafür entschädigt zu werden.

»Reiseweltmeister«

Reisedaten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz

Land/ Wohnbevölkerung	Reise- intensität*	Inlandreisen	Auslands- reisen	Reisen in Entwicklungsländer
Deutschland /82 Mio., davon 68,3 Mio. > 14 Jahre**	75,9%	18,2 Mio.	44,0 Mio.	4,7 Mio.
Österreich /8,1 Mio., davon 6,5 Mio. > 15 Jahre***	55%	8,4 Mio.	6,4 Mio.	0,05 Mio.
Schweiz /7,2 Mio.	80%	10,5 Mio.	12,4 Mio.	1,2 Mio.

* Anteil Wohnbevölkerung, die mind. eine Urlaubsreise pro Jahr unternimmt, für Deutschland und die Schweiz von mind. 3 Übernachtungen, für Österreich von mind. 4 Übernachtungen

** Alle weiteren Angaben für Deutschland gelten für die Wohnbevölkerung älter als 14 Jahre

*** Angaben zu Reiseintensität u. Auslandsreisen für Österreich gelten für die Wohnbevölkerung älter als 15 Jahre

Quellen:

Deutschland: Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen e.V., Hamburg (F.U.R.), Reiseanalyse Aktuell 2001. Österreich: TourMIS Austria; Nationalbank/Fessel GfK 2000. Schweiz: Bundesamt für Statistik 2000, Handelshochschule St. Gallen (HSG) 1998

Spannungsfeld Tourismus und nachhaltige Entwicklung

Auf dem Erdgipfel von Rio war der Tourismus trotz Bemühungen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) nicht auf die Tagesordnung zu bringen. Erst 1999 erarbeitete die mit der Umsetzung des Rio-Folgeprozesses betraute UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) ein Aktionsprogramm zum Tourismus. Das eröffnete ein neues politisches Gestaltungsfeld auf internationaler, aber auch auf nationaler Ebene, um die Entwicklung des Tourismus auf die in Rio eingegangenen Verpflichtungen auszurichten: Die Nachhaltigkeit als Generationenvertrag in ihren ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen anzuerkennen, Belastungsgrenzen der Umwelt zu respektieren und globale Umweltgerechtigkeit herzustellen, die Armut wirksam zu bekämpfen und den Lebensstil des Nordens den Erfordernissen der nachhaltigen Entwicklung anzupassen — dies immer unter vollem Einbezug und unter

Mitwirkung aller Beteiligten. Diese Chance, neue Wege im Tourismus zu gehen, wird aber noch viel zu wenig wahrgenommen. Denn die CSD-7-Resolution, die einen recht viel versprechenden Rahmen abgibt, ist bei den verantwortlichen Adressaten im Tourismus bislang kaum zur Kenntnis genommen, geschweige denn umgesetzt worden.

Zwar haben Reiseanbieter, Hotels, Tourismusgemeinden in Nord und Süd sich in den letzten Jahren zunehmend um verträglichere Konzepte bemüht, dies schon allein zur Sicherung ihrer eigenen Zukunft. Auch bekunden immer mehr Reisende, besonders in den Industrieländern, ihr Interesse an umwelt- und sozialverantwortlicheren Formen des Tourismus. Doch wird gerade dieses Potenzial mangels adäquater Angebote ungenügend ausgeschöpft. Die neuen verträglicheren Ansätze im Tourismus bleiben oft lokal begrenzt und zielen zumeist einseitig auf ökologische Anliegen wie Wassersparen oder Müllentsorgung ab, ohne die soziale Dimension der Nachhaltigkeit einzubeziehen. Denn das wirft im Tourismus immer auch die Frage auf, wer denn eigentlich zu welchem Zweck welche Ressourcen nutzen darf beziehungsweise sparsamer damit umgehen soll. Nach wie vor setzen Tourismusverantwortliche vorab auf die Wachstumslogik, die ihre Unverträglichkeit längst bewiesen hat und zukunftsweisendere Initiativen in Nord und Süd der harschen Konkurrenz mit Billigreisen und dem Kampf um Marktvorteile aussetzt.

Die Trendwende hin zu einer insgesamt umweltverträglichen und sozialverantwortlichen Ausgestaltung von Tourismus- und Freizeitaktivitäten, wie sie im Sinne der nachhaltigen Entwicklung notwendig ist, zeichnet sich nicht ab. Sie wird auch mit dem Internationalen Jahr des Ökotourismus (IYE) nicht eingeläutet, das die UNO für 2002 proklamiert hat. Zu stark steht dabei die Förderung des unklar definierten Modells des »Ökotourismus« im Vordergrund, ohne dass die Kritik von Betroffenen Gehör findet. Ebenso wenig wird die Abkehr von nicht-nachhaltigen Tourismusformen allein mit Richtlinien zum Tourismus, wie sie zur Zeit im Rahmen der Biodiversitätskonvention im Rio-Prozess verankert werden sollen, zu bewerkstelligen sein. Denn auch in diesem — an sich begrüßenswerten Vorstoß — haben die Erfahrungen der Betroffenen des Tourismus noch nicht das Gewicht erhalten, das ihnen als Fachleuten zukommen muss. Auf keinen Fall ersetzen gute Beispiele (»best practices«) oder Richtlinien, so detailliert sie auch sein mögen, eine umfassende, integrative, sektorübergreifende Politik des Tourismus, die für eine Trendwende erforderlich ist. Es bedarf eines kohärenten, verantwortlichen Wirkens der verschiedensten Akteure aus Politik und Behörden, aus der Tourismusindustrie, aber auch der Reisenden und der Zivilgesellschaft in Nord und Süd, gemeinsam auf allen Ebenen die Schritte einzuleiten, die notwendig sind, damit künftige Generationen überall in Würde leben, Freizeit genießen und reisen können!

Neue Wege im Tourismus jetzt einschlagen!

Im Hinblick auf den Weltgipfel 2002 von Johannesburg legen umwelt- und entwicklungspolitische NGOs aus Deutschland, Österreich und der Schweiz — den Ländern, die zu den »Reiseweltmeistern« gehören — zehn Leitsätze mit Forderungen vor, die als Diskussionsgrundlage und Orientierungshilfe für eine zukunftsfähige Entwicklung des Tourismus dienen sollen. Sie greifen dabei zehn der wichtigsten Themen auf, die in Johannesburg auf der Tagesordnung stehen werden, und erörtern die jeweiligen Wechselwirkungen mit dem Tourismus. Diese Herangehensweise bedingt zwar gewisse inhaltliche Überschneidungen, eröffnet aber auch neue Sichtweisen und Handlungsspielräume und ermöglicht eine umfassendere Berücksichtigung des Tourismus im Rio-Prozess.

Um auch im Tourismus die drei Säulen der nachhaltigen Entwicklung — Gemeinwohl, Wirtschaft und Umwelt — sinnvoll in Einklang zu bringen, müssen erst die Widersprüche der aktuellen Wirtschaftsweisen im Tourismus klarer erkannt und aufgezeigt werden. Nur dann kann eine Strategie zum Tragen kommen, und diese ist immer zweigleisig: Es gilt, negativen Entwicklungen, wie sich verschlechternden Arbeitsbedingungen oder übermäßigem Ressourcenverbrauch, durch konkrete Maßnahmen wie soziale Schutzklauseln oder ökoeffiziente Technologien entgegenzuwirken; gleichzeitig müssen die Ursachen von Armut und Umweltkrise bekämpft, das heißt die Strukturen beseitigt werden, die Armut und Umweltzerstörung erzeugen. Maßnahmen, welche die schlimmsten Auswirkungen abfedern helfen, sind heute im Tourismus oft schnell zur Hand und gelten dann als einzig wirksame Mittel, auch wenn sie nur Symptome lindern. So unbequem es erscheinen mag, es braucht mehr Initiative seitens aller Akteure, um auch im Tourismus die Ursachen von Fehlentwicklungen an der Wurzel zu packen.

Dazu wollen die Tourismus-NGOs aus Deutschland, Österreich und der Schweiz mit ihrem Strategiepapier auffordern. Im Rahmen der globalen Anliegen des Rio-Prozesses drängt sich eine Nord-Süd-Betrachtung auf. Das heißt aber keineswegs, dass allein der Ferntourismus problematisch ist und das Reisegeschehen in hiesigen Breitengraden oder der wachsende Binnentourismus im Süden nicht ebenso sehr neuer Strategien für eine nachhaltige Entwicklung bedarf. In einem kurzen Strategiepapier lässt sich längst nicht alles zum komplexen Thema Tourismus skizzieren, was nötig wäre. Vielmehr wollen die AutorInnen damit Impulse setzen und zur Weiterarbeit anregen. Das Strategiepapier soll die Vorbereitungen für den Weltgipfel in Johannesburg begleiten und darüber hinaus bei NGOs, in Politik und Wirtschaft zu einer breiten Debatte Anstoß geben, wie der Tourismus auf allen Ebenen zukunftsfähig gestaltet werden müsste und was jeder und jede dazu beitragen kann.

Rio + 10:

Zehn Leitsätze zum Tourismus

1

1 Armut/Entwicklung

Tourismus muss einen Beitrag zur Überwindung der Armut leisten — soziale Gerechtigkeit, Umweltgerechtigkeit und die Beteiligung der Menschen in touristischen Zielgebieten sind die Voraussetzungen dafür.

2

2 Klima: Verkehr/Energie

Raus aus dem Stau, weg vom Jetlag, hin zur sanften Mobilität für alle!

3

3 Land: Boden/Ernährung

Unser Urlaubsort — Ihr Zuhause

4

4 Biodiversität

Tourismus lebt von der Vielfalt der Natur und der Kulturlandschaften der Welt — er muss zu ihrer Erhaltung beitragen.

5

5 Wasser

Das kühle Nass ist unterwegs noch kostbarer als zu Hause.

8

**6 Menschenwürde — Geschlechtergerechtigkeit
Frauen und Kinder benötigen Schutz und
»Empowerment«, damit sie im Tourismus nicht das
Nachsehen haben.**

**7 Partizipation der Zivilgesellschaft
Alle gesellschaftlichen Akteure, gerade auch benach-
teiligte Bevölkerungsgruppen und Minderheiten,
müssen über Tourismus entscheiden können und am
Ertrag teilhaben.**

**8 Konsum und Lebensstil
Reise- und Freizeitverhalten umwelt- und menschen-
gerecht gestalten!**

**9 Internationale Wirtschafts- und Handelspolitik
Fairer Handel — auch im Tourismus!**

**10 Kohärente Politik
Politischer Wille zur Einhaltung der Menschenrechte
und zu einem kohärenten Interessenausgleich
zwischen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft ist auf
allen Ebenen unabdingbar, damit künftige
Generationen überall in Würde leben, Freizeit genießen
und reisen können.**

1

1 Armut/Entwicklung

Tourismus muss einen Beitrag zur Überwindung der Armut leisten — soziale Gerechtigkeit, Umweltgerechtigkeit und die Beteiligung der Menschen in touristischen Zielgebieten sind die Voraussetzungen dafür.

Weltweit leben 1,3 Milliarden Menschen in absoluter Armut, das heißt von weniger als einem US-Dollar pro Tag. Trotz Wirtschaftswachstum auf globaler Ebene, zu dem der Tourismus entscheidend beigetragen hat, sind seit 1980 rund 60 Länder der Welt stetig ärmer geworden. Nur die Überwindung der Armut schafft die Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung. Die Bemühungen zur gezielten Bekämpfung aller Strukturen, welche die Armut verursachen, haben deshalb erste Priorität.

Die Vorstellung, dass die Reisen der Reichen armen Ländern und Regionen zu Wohlstand verhelfen werden, hält sich, seit es den Tourismus gibt. So hat jüngst auch die UN-Konferenz der am wenigsten entwickelten Länder (LDC) ein erstes Aktionsprogramm zu Tourismus verabschiedet, in dem die LDCs angehalten werden, ein gutes Klima für die Förderung des Tourismus zu schaffen. Gleichzeitig wurden mehr Mittel aus der Entwicklungshilfe für den Tourismus gefordert.

Grundlage dafür war ein neuer Bericht der Welttourismusorganisation (WTO-OMT) und der UN-Konferenz zu Handel und Entwicklung (UNCTAD), der aufzeigt, wie einige LDCs dank der Entwicklung des Tourismus ihre Stellung auf dem Weltmarkt verbessern konnten. Doch Zahlen und Statistiken lassen sich durchaus auch anders zusammenstellen und interpretieren. Global gesehen vermochte der Tourismus bislang die Armut nicht zu reduzieren: Denn 80 Prozent der Menschen, die in absoluter Armut leben, sind in nur dreizehn Ländern der Welt beheimatet, und zehn dieser Länder verfügen über einen wichtigen Tourismussektor, der in den letzten Jahren ein überdurchschnittliches Wachstum aufweisen konnte.

In der Hoffnung auf schnelle Devisen und die Schaffung von Arbeitsplätzen setzen viele Regierungen allenthalben auf den Tourismus. In vielen verschuldeten Ländern ist die Förderung des Tourismus Bestandteil der vom Internationalen Währungsfonds (IWF) verordneten Strukturanpassungen. Um im globalen Wettbewerb überhaupt mithalten zu können, sind die Gastländer heute gezwungen, immer mehr Mittel zur Steigerung ihrer Attraktivität einzusetzen. Dabei lastet besonders die Bereitstellung von aufwendigen Infrastrukturen wie Flughäfen, Straßen, Energie- und

Wasserversorgung für die TouristInnen schwer auf den Volkswirtschaften der Reisezielländer und trägt nicht selten zu einer weiteren Verschuldung bei. Ausländische Investoren werden mit großzügigen Anreizen wie Steuerbefreiung, freiem Rücktransfer der Gewinne etc., ins Land gelockt. Die Zugeständnisse an die Privatwirtschaft, die durch die Freihandelsabkommen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO-OMC) noch ausgebaut wurden, ergeben unter dem Strich namhafte Verluste an Einnahmen für die Tourismusländer (siehe Kapitel 9).

Von den Deviseneinnahmen aus dem Tourismus fließen durchschnittlich 40 bis 50 Prozent für Importe von Konsum- und Luxusgütern in die Herkunftsländer der Reisenden bzw. der Tourismusunternehmen zurück, stellt die UNCTAD fest. Die transnationalen Tourismusunternehmen, die Reiseorganisation, Transport, Unterkunft und Verpflegung unter ihrem Dach vereinen und Zugriff auf die internationalen Reservationssysteme haben, spielen ihre Vormachtstellung in neuen, konzerneigenen »All-inclusive«-Angeboten und in den Preisverhandlungen mit den lokalen AnbieterInnen aus. Die UNCTAD prangert dabei unfaire Wettbewerbspraktiken an und moniert, dass häufig nur ein Viertel oder noch weniger dessen, was ein Gast dem Reiseunternehmen für seinen Urlaub bezahlt hat, überhaupt ins Reisezielland gelangt. Das lässt selbst bei den UNCTAD-Experten die Vermutung aufkommen, in gewissen Fällen subventionierten die armen Länder des Südens das Urlaubsvergnügen der reichen TouristInnen.

Wird nun mit neuen Fördermitteln, aus der öffentlichen Entwicklungshilfe etwa, dem Tourismus nach den altbekannten Rezepten zu weiterem Wachstum verholfen, droht sich auch der Konkurrenzkampf auf dem globalen Tourismusmarkt zu verschärfen. Doch der hat besonders für kleine AnbieterInnen — nicht allein im Süden — und für viele Einheimische in Tourismusgebieten gravierende Folgen. Die touristischen Zielregionen, insbesondere auch des Südens, benötigen vielmehr spezifische Unterstützung, um neue Wege im Tourismus so zu gehen, dass die breite Bevölkerung endlich mehr davon profitiert.

Denn die volkswirtschaftlichen Statistiken geben nur ungenügend Aufschluss über die lokale Verteilung der Erträge, vor allem aber der ökologischen und sozialen Kosten des Tourismus. Sicher schafft der Tourismus Arbeit, und dies trägt zum Einkommen bei. Doch gerade in dieser personalintensiven Branche hat sich der Preisverfall bei Reisen in den letzten Jahren auch auf die Arbeitsbedingungen vieler Beschäftigter im Tourismus niedergeschlagen. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) vermeldet in ihrem neuesten Bericht über die Auswirkungen der Globalisierung auf den touristischen Arbeitsmarkt, dass die Löhne im Tourismus durchschnittlich um 20 Prozent tiefer liegen als in anderen Sektoren. Auch in hiesigen

Breitengraden, zum Beispiel in der Schweiz, sind im Gastgewerbe auffallend viele so genannte »working poor« zu finden, das heißt Menschen, die zwar voll beschäftigt sind, deren Verdienst jedoch unter dem Existenzminimum liegt. Vielerorts arbeiten die Menschen unter prekären Bedingungen im Tourismus: lange, unregelmäßige Arbeitszeiten, vertraglich schlechte Absicherung, wenig Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Die minimalen Arbeitsnormen, wie sie in den ILO-Kernkonventionen sowie der branchenspezifischen Konvention N° 172 (Working Conditions in Hotels and Restaurants, 1991) verankert sind, werden im Tourismus kaum eingehalten. In letzter Zeit haben laut ILO zudem die flexibilisierten Arbeitsverhältnisse zugenommen. Auch werden immer jüngere Arbeitskräfte für Jobs im Tourismus rekrutiert; heute seien rund die Hälfte der Beschäftigten im Tourismus unter 25 Jahre alt (siehe Kapitel 6).

Gerade die Ärmsten der Armen in den Gastländern profitieren in der Regel kaum vom Tourismus. Wenn sie es im informellen Sektor versuchen, als selbst ernannte »Guides« etwa oder als HändlerInnen im Straßenverkauf, so sind sie häufig der Repression durch die Ordnungskräfte ausgesetzt. Der informelle Sektor bietet in touristischen Regionen zwar eine nicht zu unterschätzende Fülle von Arbeitsmöglichkeiten. Doch benötigen die Arbeitssuchenden gerade hier Unterstützungsmaßnahmen wie Grundbildung, aber auch unternehmerisches Wissen, Sprachen und den Zugang zu finanziell erschwinglichen »Starthilfen«, damit sie nicht der Ausbeutung ausgesetzt sind.

Der Tourismus schafft aber nicht nur Arbeit, er vernichtet auch Arbeitsplätze in traditionellen Erwerbszweigen wie der Fischerei oder der Landwirtschaft (siehe Kapitel 3, 4, 5). Dafür ist nicht allein die übermäßige Beanspruchung von Ressourcen durch Tourismusbetriebe verantwortlich. Im Zuge der Liberalisierungen haben in etlichen Ländern BäuerInnen ihre Betriebe mangels Absatzmöglichkeiten aufgeben müssen, weil die großen Hotels heute Nahrungsmittel, Unterhalts- und Baumaterialien von dort importieren können, wo es am billigsten ist. Bezeichnenderweise werden über solche Verluste von Arbeitsplätzen und Einkommen durch den Tourismus keine Statistiken geführt, ebenso wenig über die Verarmung von benachteiligten Bevölkerungsgruppen aufgrund der steigenden Lebenshaltungskosten in den Tourismusgebieten.

Schöne, unversehrte Landschaften und billige Arbeitskräfte seien wertvolle Standortvorteile, betonen Wirtschafts- und Entwicklungsorganisationen, wenn sie armen Ländern und Regionen die Förderung des Tourismus empfehlen. Das zeigt, dass der Tourismus immer ein Stück weit auch von der Armut der Gastregionen lebt — eine Tatsache, die sich durch die Geschichte des Tourismus zieht. Bloß vollzogen sich Entwicklungen und Strukturwandel früher sehr viel langsamer. Heute birgt diese Tatsache eini-

ges mehr an politischem Zündstoff, besonders wenn rücksichtslose Tourismuserschließungen die sozialen Ungleichheiten in den Zielgebieten drastisch verschärfen. Soziale Unruhen und Übergriffe auf Reisende sind nicht selten die Folgen. Die zukunftsfähige Vision für den Tourismus ist: Abkehr von der »Strategie« der Begegnung zwischen arm und reich — hin zur Begegnung zwischen gleichberechtigten Menschen. Darauf konkret hinzuwirken liegt in der Verantwortung der Akteure aus Politik und Privatwirtschaft, aber auch der Reisenden selbst.

Forderungen

❖ Tourismusanalysen haben sich in die Zielsetzungen einer sozial- und umweltgerechten Entwicklung von Regionen und Ländern einzuordnen und dürfen nur aufgrund sorgfältiger, von unabhängiger Seite erstellter Marktanalysen erfolgen. Anstelle von wachstumsorientierten Großprojekten sind dezentrale, am Gemeinwohl ausgerichtete Ansätze unter Mitsprache aller Betroffener zu bevorzugen. Mit gesetzlichen Regelungen und verbindlichen Vereinbarungen ist sicherzustellen, dass privatwirtschaftliche Tourismusbetriebe, insbesondere auch ausländische bzw. transnationale Unternehmen, umweltverträglich und sozialverantwortlich wirtschaften und garantierte Absatzmärkte für lokale ProduzentInnen schaffen. Dies muss zum Qualitätsstandard im Tourismus werden und ist mit entsprechender Ausbildung aller Leistungsträger zu gewährleisten.

❖ Die Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft, insbesondere auch aus den Regierungen der Industriestaaten und den Führungsetagen der großen Tourismuskonzerne, sind dringend aufgefordert, die internationalen wirtschafts- und handelspolitischen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die benachteiligten Bevölkerungsgruppen in den Gastländern vom Tourismus mehr profitieren.



❖ Die Industrieländer sind aufgefordert, die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit substanziell aufzustocken und mindestens 0,7 Prozent ihres Bruttonationalproduktes für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Diese Mittel sind in erster Linie gezielt für die Bekämpfung der Armut, für Gesundheitsversorgung, Ernährungssicherung, Bildung sowie für »Empowerment« und Partizipation einzusetzen.

❖ Keine Gelder aus der Entwicklungshilfe für Tourismusausbau und -anlagen noch für Infrastrukturen, die nicht den Einheimischen zugute kommen!

❖ Es braucht Mittel aus der Entwicklungszusammenarbeit, um benachteiligte Bevölkerungsgruppen in ihrer Stellung gegenüber dem Tourismus zu stärken; dazu gehören die Sicherung der Grundversorgung in allen Lebensbereichen wie auch »Empowerment« zur Wahrung ihrer Interessen und ihrer Rechte. Erst dann können spezifische Fördermaßnahmen für lokale Anbieter etwa in der Ausbildung oder beim Zugang zu erschwinglicher Finanzierung von touristischen Einrichtungen, aber auch technische Hilfestellung (Technologietransfer) zum Tragen kommen.

❖ Mittel aus der Entwicklungszusammenarbeit sollen des Weiteren dafür eingesetzt werden, den Anliegen von Benachteiligten der Tourismusentwicklungen auf internationaler Ebene wirksam Gehör zu verschaffen sowie die Informations- und Sensibilisierungsarbeit bei allen Reisenden auszubauen.



2 Klima: Verkehr/Energie

Raus aus dem Stau, weg vom Jetlag, hin zur sanften Mobilität für alle!

Der Urlaub beginnt und endet immer häufiger im Stau. In der Schweiz sind 60 Prozent der gefahrenen Kilometer dem Freizeitverkehr zuzuschreiben; rund zwei Drittel davon werden mit dem Privatauto zurückgelegt. Die Kohlendioxidemissionen aus dem Verkehr in Österreich sind seit Rio sogar um 30 Prozent gestiegen. Das bedeutet nicht nur Stress und Unfälle anstelle von Erholung und Entspannung sondern auch maßloser Ressourcenverbrauch und Abgase statt frischer Luft.

Auch ist fast jede Reise in den fernen Süden — und sei es zur Öko-Lodge — auf das Flugzeug angewiesen. Die Welttourismusorganisation (WTO-OMT) prognostiziert, dass der Ferntourismus noch erheblich schneller zunimmt als regionale Reisen. Voraussichtlich werden 2005 elf Millionen Deutsche in die Ferne reisen, schon jetzt entfallen 38 Prozent aller deutschen Urlaubsreisen auf das Flugzeug. In Frankfurt starten und landen in zehn Minuten so viele Flieger, wie in einem Land der Dritten Welt an einem Tag. Obwohl Schätzungen des Worldwatch Institute zufolge 43 Prozent der internationalen Reisen per Flugzeug und 42 Prozent auf der Straße getätigt werden, wird Tourismus kaum als integraler Bestandteil des Verkehrsproblems wahrgenommen.

Insbesondere der weltweite Flugverkehr steht für ein Ausmaß an Treibhausgasemission, das die derzeitigen Emissionen der Industriestaaten bis 2012 voraussichtlich um mehrere Prozent erhöhen wird. Gegenwärtig entfallen 75 Prozent des weltweiten Flugaufkommens auf den Personentransport, gut die Hälfte der weltweit 130 Millionen Tonnen Flugtreibstoff für zivile Zwecke verbraucht der Tourismus. Doch nur knapp sechs Prozent der Weltbevölkerung genießt überhaupt das Privileg zu fliegen. Ein Flug kann, je nach Entfernung, Flughöhe, Flugzeugtyp und Auslastung, bis zu hundert mal klimaschädlicher sein als eine Reise mit der Bahn. Wissenschaftler schätzen, dass die Abgase aus dem Luftverkehr — die in großer Höhe um ein vielfaches klimaschädlicher sind als in Bodennähe —, derzeit mindestens dreimal so viel zum Treibhauseffekt beitragen, wie die Emissionen aus dem bodennahen Verkehr. Bereits Ende der neunziger Jahre bewirkte die Bedeckung mit Kondensstreifen in Mitteleuropa vermutlich eine Erwärmung, die mindestens so hoch ist wie der Effekt der Kohlendioxidemissionen.



Der internationale Flugverkehr fällt nicht unter das Klimaschutzprotokoll. Damit werden »Verschmutzungsrechte« aus dem Flugverkehr gratis — also ohne Anrechnung auf die im Kyoto-Protokoll vereinbarten nationalen Emissionskontingente — vornehmlich von den Ländern des Nordens in Anspruch genommen. Um die Limitierung des Ausstoßes an Treibhausgasen aus dem Flugverkehr soll sich laut Kyoto-Protokoll die UN-Sonderorganisation International Civil Aviation Organisation (ICAO) kümmern. Und die spricht sich sowohl gegen eine Besteuerung des noch immer weltweit steuerbefreiten Flugtreibstoffes Kerosin wie auch gegen Standards bezüglich der Kohlendioxidemissionen aus. Bisherige ICAO Standards berücksichtigen nur die Emissionen beim Start und bei der Landung. Für die übrige Zeit der Reise gibt es keine Regelungen.

Da sich der Flugverkehr in einer sehr sensiblen Schicht der Atmosphäre bewegt, besteht dringender Handlungsbedarf. Allerdings kann auch ein Aufpreis auf das Ticket, von dem zum Beispiel Baumpflanzungen finanziert werden, die verursachten Schäden nicht wieder gut machen. Die 28.000 Quadratkilometer, die derzeit jährlich als Ausgleich allein für das weltweit ausgestoßene Flugverkehr-Kohlendioxid bepflanzt werden müssten (das entspricht der Fläche Haitis), können die vielschichtigen Klimaschäden keinesfalls kompensieren. Eine effizientere Nutzung der Energie durch technische Innovationen ist nur dann wirksam, wenn sie durch die Wachstumsraten des internationalen Flugverkehrs nicht wieder aufgewogen werden.

Eine Stunde Flug verursacht, auf den einzelnen Fluggast umgerechnet, mehr Emissionen, als ein Mensch in Bangladesch durch alle Aktivitäten in einem Jahr erzeugt. Die Folgen der Klimaveränderung müssen aber maßgeblich die Menschen im Süden sowie in den fragilen Berg- und Küstenregionen tragen. Die Staaten der Karibik betonten im Juni 2001 auf ihrem regionalen Vorbereitungstreffen zum Weltgipfel in Johannesburg, dass sich die Bevölkerung kleinerer Inselstaaten durch den Anstieg des Meeresspiegels und einer Zunahme von Flutwellen und Wetterkatastrophen bedroht sieht. Diese haben in den neunziger Jahren laut des Internationalen zwischenstaatlichen Gremiums für Klimaveränderung (ICCP) bereits Schäden von 40 Milliarden Mark verursacht. Im Indischen Ozean sind aufgrund der Erderwärmung von 0,3 Grad Celsius seit 1980 stellenweise bis zu 70 Prozent der Korallen ausgebleicht, und die Fischerei erleidet teilweise große Einbußen. Wenn Strände erst einmal weggespült werden, ist die touristische Nutzung selbst gefährdet und damit auch das Einkommen durch den Tourismus. Doch warum in die Ferne schweifen: Auch in europäischen Berggebieten drohen Erdbeben und Gletscherschmelzen; fehlende Schneesicherheit beeinträchtigt längst den Winter(sport)tourismus.

Der weltweite Tourismus ist zudem von einem enormen Gütertransfer und Frachttransport begleitet, um touristische Ansprüche auch am entlegensten Zipfel der Landkarte zu bedienen. Produktion und Transport von Baumaterial und Luxusgütern verbrauchen natürliche Ressourcen, Wasser, Energie und saubere Luft, die in den Klimabilanzen des Tourismus in aller Regel unberücksichtigt bleiben. Der Energieverbrauch touristischer Komplexe für Klimaanlage oder beheizte Swimmingpools ist erheblich. Hinzu kommen gesundheitsschädlicher Lärm und örtliche Landschafts- und Kulturzerstörung durch den Bau von Landepisten, Straßen und Hafenanlagen. Die hohen staatlichen Subventionen und Steuererleichterungen für Flugverkehr und Straßenbau, die meist über Steuergelder finanziert werden, fördern das Verkehrsaufkommen. Dieses mehrfache Abwälzen der Kosten einer umweltbelastenden Verkehrsinfrastruktur auf die Allgemeinheit zum immer häufigeren, schnelleren und maßloseren Konsum touristischer Angebote durch eine privilegierte Minderheit unterläuft das Ziel sozialer Gerechtigkeit.

Es braucht eine Trendwende im Verkehr hin zu einer für alle erschwinglichen sanften Mobilität und einem regionalen Versorgungskreislauf mit lokalen Produkten und Energieträgern, gerade auch im Tourismus. Bei der Verkehrsplanung muss der Tourismus gebührend berücksichtigt werden, so wie bei der Planung von Ferienlandschaften und Urlaubsgebieten der touristisch bedingte Verkehr einzubeziehen ist. Dazu sind besonders die politischen Entscheidungsträger auf allen Ebenen und in der internationalen Zusammenarbeit gefordert.



Forderungen

❖ Der Flugverkehr aus den und in die Industriestaaten und alle durch ihn verursachten Emissionen müssen dringend reduziert werden: In einem internationalen Übereinkommen müssen sich die Länder über eine effektive Verminderung in umweltgerechter Form einigen. Die EU ist aufgefordert, über die Ziele des Kyoto-Protokolls hinaus Maßnahmen zum Klimaschutz gerade auch bezüglich des Tourismus und des Flugverkehrs in Gang zu setzen.



❖ Nur Transparenz über Preise und über die jeweilige Klimabelastung durch den Verkehr am Boden und in der Luft kann die tatsächlichen Folgekosten der Beförderung ausdrücken. Die Kosten sind auf die Verursacher zu verlagern. Keine Subventionen oder Steuererleichterungen für den Flugverkehr! Statt dessen sollten Lenkungsmaßnahmen wie Treibstoffbesteuerung, Lärm- und Emissionsvorschriften — nicht nur für Start und Landung — verpflichtend eingeführt werden.

❖ Zur Vorsorge gehören Nachtflugverbote, eine Reduzierung der Kurzstreckenflüge und ein Verzicht auf den Ausbau der Luftfahrtinfrastruktur. Reisende und Tourismusunternehmen sind ihrerseits aufgefordert, auf Kurzstreckenflüge zu verzichten.

❖ Der Flugverkehr wie der motorisierte Individualverkehr für Tourismus und Freizeit müssen von den politischen Entscheidungsträgern auf allen Ebenen als spezifisches Problemfeld bezüglich nachhaltiger Entwicklung anerkannt werden. Die gezielte Förderung ökomobiler Verkehrsformen sowie der Ausbau öffentlicher Verkehrsnetze sind im Sinne einer verträglichen Mobilität für alle voranzutreiben. Gleichzeitig müssen Reisende und Feriengäste in den Destinationen verstärkt darauf sensibilisiert werden, wie sie zum Klimaschutz beitragen können.

❖ Eine regionale Versorgung mit Gütern, Energie und Wasser kann enorme Transportkosten sparen, das heißt vermeiden. Alle Akteure sind gefragt, eine regionale Versorgung im Tourismus, wenn möglich über Lokale Agenden 21, und eine integrierte Regionalplanung aufzubauen und zu fördern.

3 Land: Boden/Ernährung

Unser Urlaubsort — Ihr Zuhause

Im Zuge des Tourismusausbaus werden oft ganze Küstenstriche zubetoniert, attraktive Berglandschaften verschandelt, wertvolle Feucht- und Trockengebiete versiegelt. Das hat viele Folgen: Die Neuerschließung von Skipisten in den Alpen und ein mangelnder Gletscherschutz begünstigen Erosion und Bodenschäden. Verbaute Küsten entlang des Mittelmeeres beeinträchtigen marine Ökosysteme und ruinieren Küstenlandschaften samt ihrer Artenvielfalt. Nicht genug, dass Naturhaushalte dadurch empfindlich gestört und Lebensräume gar zerstört werden. Vielerorts müssen auch die ansässigen BewohnerInnen dem Tourismus Platz machen und ihre bisherigen Nutzungsweisen der natürlichen Ressourcen einschränken oder gar aufgeben, oft ohne entsprechende Alternativen oder Kompensationsleistungen zu erhalten.

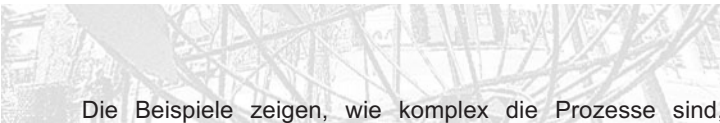
In Thailand sind schlechte Wasserqualität durch eine Belastung mit Unkrautvernichtungsmitteln, mangelhafte Trinkwasserversorgung sowie steigende Grundstückspreise die direkten Folgen ausgedehnter Hotelanlagen und Golfplätze. Betroffen sind vor allem BäuerInnen und ihre Familien. Nicht wenige sahen sich gezwungen, ihre für den Reisanbau nicht länger tauglichen Felder zu verkaufen. Als einzige Alternative zu dieser indirekten Enteignung blieb manchen BäuerInnen nur, als Caddies auf Golfplätzen zu jobben, genau dort, wo sie früher ihren Reis angebaut hatten.

Die Fischer des Archipels Bazaruto vor der Küste Mosambiks verloren den Zugang zu Wasser und zu Land, seit Naturreservate eingerichtet und zugleich Konzessionen an Tourismusprojekte vergeben wurden, während die Regierungen das Land gemäß dem Strukturanpassungsprogramm des Internationalen Währungsfonds (IWF) für ausländische Investoren öffnete. Entwicklungsprojekte wie diese haben zum Ziel, Schuldenerlass unter der Auflage von Naturschutzmaßnahmen zu realisieren und zugleich Tourismus als neue Einkommensquelle zu propagieren. Das kann zum Verlust an Verfügungsrechten über Land und zu einer weiteren Verarmung der lokalen Bevölkerung führen.

Auch in Costa Rica, das in Sachen »Ökotourismus« als Vorzeigeland gilt, profitieren nur wenige vom Devisensegen der TouristInnen. So zeigt eine Fallstudie aus dem Gebiet des Naturparks Arenal Volcano, dass der Verdienst im Niedriglohnsektor des Tourismus zwar das Einkommen aus landwirtschaftlicher Tätigkeit übersteigt, doch heute die Grundversorgung

der Bevölkerung nicht mehr gesichert ist. Da das Land an Investoren verkauft und für Naturschutzvorhaben strikt reserviert wurde, sank die landwirtschaftliche Produktion, und Nahrungsmittel mussten importiert werden. Im Tourismus finden nur wenige der ehemals vom Land des heutigen Parks lebenden AnwohnerInnen eine Beschäftigung. Einmal ihrer auf Eigenproduktion ausgerichteten Existenzgrundlage verlustig, können sie sich die Kosten für den Lebensunterhalt nicht mehr leisten.

Der Tourismus kann auf verschiedenste Art daran beteiligt sein, dass die einheimische Bevölkerung die Rechte über das Land verliert. Der Fischreichtum der Küstengewässer in Prainha do Canto Verde in Brasilien wird laut Berichten des Wall Street Journals zunehmend von ausländischen, hochtechnisierten Kuttern abgefischt. Nachdem viele traditionelle Fischer ihre Tätigkeit wegen der mageren Fänge aufgeben mussten, stieg der Druck auf die Bevölkerung. Einige mussten bei der Suche nach einer Alternative ihr Land verkaufen. Wegen der unregelmäßigen Landbesitzverhältnisse haben die Immobilienhändler hier leichtes Spiel — so geht Land in ausländischen Besitz für touristische Projekte über. Es ist die labile ökonomische Situation der Fischer, verursacht durch schwindende Fischbestände, die ein unkontrolliertes Anwachsen des Tourismus erleichtert, der seinerseits der Bevölkerung bis auf ein paar billige Jobs kaum Vorteile bringt. Wenn der lokale Wirtschaftssektor erst einmal geschwächt ist, sind die Menschen den Folgen von Tourismuserschließungen um so mehr ausgeliefert.



Die Beispiele zeigen, wie komplex die Prozesse sind, die durch den Tourismus in Gang gesetzt werden können und — manchmal erst über Umwege — den Zugang zu Land versperren. Vom Landverbrauch besonders hart betroffen sind Menschen, die von volkswirtschaftlich nicht erfassten Tätigkeiten zur Produktion des Eigenbedarfs wie traditioneller Viehhaltung und Ackerbau oder Sammelwirtschaft leben. Diese machen aber in einigen Regionen bis zu 60 Prozent des Lebensunterhaltes insbesondere von indigenen oder marginalisierten Minderheiten aus. Gerade in den armen Ländern ohne funktionierende staatliche Sozialversicherungen ist der informelle Sektor für die Ernährungssicherung und Gesundheitsversorgung unverzichtbar. Jede Beschränkung des Zugangs zu Land bedeutet für diese Menschen ein konkretes Existenzrisiko. Touristische Entwicklungen unterlaufen auf diese Weise die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte des allgemeinen Menschenrechtspaktes. Selbst im Namen des Naturschutzes und der nachhaltigen Entwicklung realisierte Projekte laufen so Gefahr, der lokalen Bevölkerung die Möglichkeit zu nehmen, eigene Entwicklungsperspektiven zu realisieren.

Jedes Jahr werden weltweit 5.000 Hektar Land in Golfplätze verwandelt. Der Raumannspruch von Hotelkomplexen und Bungalowsiedlungen mit Yachthafen, Golf- und Tennisplätzen ist nicht allein im Süden ein Problem. Weitläufige Tourismuskomplexe, Zweitwohnungen und Wintersportanlagen beanspruchen auch in den Alpen oder entlang der Mittelmeerküsten viel Land. Hinzu kommt noch der Flächenverbrauch solcher Feriensiedlungen für Wasser- und Energiegewinnung sowie Abwasser und Müllentsorgung. Tourismus hat vielerorts, gerade in den Alpen, als Einnahmequelle eine ergänzende Funktion zur Existenzsicherung und vermag so, die Abwanderung zu reduzieren und indirekt auch zur Landschaftspflege beizutragen. Müssen dafür die Einheimischen den enormen Flächen- und Ressourcenbedarf des Tourismus einfach in Kauf nehmen?

Forderungen

❖ Ohne den gerechten Zugang zu Land und die Garantie der Nutzungsrechte für lokale und indigene Gemeinden sind nachhaltige Entwicklungsperspektiven — ob mit oder ohne Tourismus — nicht realisierbar. Den Verpflichtungen aus dem Menschenrechtspakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ist auch bezüglich Land und Boden nachzukommen, gerade auch seitens der Tourismusverantwortlichen.

❖ Die juristisch häufig nicht eindeutig geklärten Landrechte, die sich nicht generell durch (privates) Eigentum, sondern auch durch kollektive Besitz- und Nutzungsformen auszeichnen — was insbesondere für die indigenen BewohnerInnen zutrifft —, dürfen nicht durch (ausländische) Bodenspekulanten ausgehoben werden. Dafür haben alle Staaten Sorge zu tragen.



❖ Eine Trendwende hin zu ökologisch und sozial angemessenen Reiseformen ist nur möglich, wenn Tourismus in eine Regionalentwicklung integriert wird, die sich an umweltverträglichen und sozial gerechten Aspekten orientieren muss. Dazu sind TourismusplanerInnen aufgefordert, eine Rückkoppelung des Tourismus mit einer umweltverträglichen regionalen Landwirtschaft und Energie- sowie Wasserversorgung und Abfallwirtschaft (Stichwort regionale Stoffkreisläufe) sicherzustellen. Mit geeigneten politischen Maßnahmen sollen zudem private Anleger und Tourismusunternehmen zur Versorgung auf regionalen Märkten angehalten werden. Im europäischen Alpenraum ist die Alpenkonvention als zukunftsweisender Rahmen für eine umfassend nachhaltige Entwicklung unter Einbezug des Tourismus zu erachten; die Ratifizierung ihrer Umsetzungsprotokolle ist zügig voranzutreiben.

❖ Für die Integration des Tourismus in eine nachhaltige Regionalentwicklung ist der Einbezug des Tourismus in Lokale Agenda 21-Prozesse unentbehrlich. Die Tourismusindustrie und die lokalen bis nationalen Verantwortlichen sind hier gefordert, einen Prozess gemeinsam mit Akteuren zu initiieren und finanziell zu ermöglichen.

❖ In fragilen Berggebieten muss der Schutz von Land und Boden vor dem Ausbau einer ruinösen touristischen Infrastruktur absoluten Vorrang haben: kein Wettrüsten der Bergbahnen, keine Neuerschließung von Skigebieten oder Pistenbau in den Alpen, keine Überlastung der Trekkingpfade im Himalaya und in den Anden!

❖ Tourismusentwicklung darf nicht ohne Maßnahmen zum Landschaftsschutz und zur nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen gewährt oder gefördert werden. Besonderes Augenmerk gilt dem Schutz der Küsten, Berge, Feucht- und Trockengebiete.



4 Biodiversität

Tourismus lebt von der Vielfalt der Natur und der Kulturlandschaften der Welt — er muss zu ihrer Erhaltung beitragen.

Expeditionen in den Regenwald, Trekkings in die Berg- und Gletscherwelt, Bootsfahrten durch Mangrovensümpfe, Tauchsafaris, Dünenwanderungen, »ursprüngliche Landschaften mit pittoresken Dörfern«, »Exotik« und »buntes Brauchtum« — ein Blick in die Reisekataloge genügt: Was wäre der Tourismus ohne die Vielfalt der Natur und der Lebensformen, die daraus erwachsen? Da traditionelle Lebens- und Wirtschaftsweisen als gesellschaftliche Ausdrucksformen nicht völlig losgelöst von ökologischen Grundlagen denkbar sind und schließlich touristische Entwicklungen häufig von beiden leben, müssen die biologische und kulturelle Vielfalt in Zusammenhang miteinander betrachtet werden.

Weltweit sterben jeden Tag rund 100 Tier- und Pflanzenarten aus, und dies keineswegs allein in tropischen Gefilden. Auch vor unserer Haustür, in Europa, geht der Artenreichtum verloren. Für den dramatischen Rückgang von geeigneten Lebensräumen gibt es wiederum viele Ursachen. Die touristische Nutzung der »Wildnis« wird gerne als verträglichere Alternative zur oftmals destruktiven Land- oder Holzwirtschaft präsentiert. Mehr noch, der Tourismus soll die Natur schützen und diesen Schutz mitfinanzieren — mit dieser Vorstellung werden heute immer mehr so genannte »Ökotourismus«-Projekte lanciert. Dabei wird allerdings oft übersehen, welche Infrastrukturen der Tourismus benötigt und welche komplexen Auswirkungen gerade die Erschließung von sensiblen, bislang schwer zugänglichen Gebieten auf die Natur und die dort lebenden Menschen hat.

Verfügungs- und Zugangsrechte über die biologischen Ressourcen werden in der UN-Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) ausgehandelt. Auch der aus ihrer Nutzung entstehende Gewinn ist Gegenstand der Konvention, die touristische Nutzung eingeschlossen. Deshalb interessieren hier neben den konkreten Auswirkungen des Tourismus auf Arten und Lebensräume insbesondere auch die Folgen sich verändernder Rechtsregime für die ansässige Bevölkerung. Wo fördert und wo behindert Tourismus eine gerechte Nutzung der biologischen Vielfalt? Wer hat für welche Interessen die Verfügungsrechte und die Kontrolle über ihre Nutzung?

Die Einrichtung von Schutzgebieten mit touristischer Komponente tangiert ganz direkt die Rechte der ansässigen Bevölkerung über die natürlichen Ressourcen und ihr kulturelles Erbe. Besonders betroffen davon sind die

indigenen Völker, die rund 300 Millionen Menschen, die schätzungsweise 90 Prozent der Gebiete bewohnen, welche die höchste Artenvielfalt und die seltensten Arten der Welt beherbergen. Da ihre Landrechte juristisch sehr labil sind (siehe Kapitel 3), stellt der Tourismus vielfach eine reale Gefährdung ihrer Existenzgrundlage dar. So wird derzeit in Kenias Samburu National Park gegenüber den Viehhirten ein Zugangs- und Weideverbot durchgesetzt. Der Vorsitzende des Kenya Pastoralist Forums beklagt, dass ihnen selbst in der Trockenzeit der Zugang zum Wasser innerhalb des Parks unter Waffengewalt verwehrt wird. In Bangladesch bangen 1 000 Familien um den Zugang zu ihren Wäldern, seit der Plan für einen »Eco-Park« bekannt wurde und die Forst- und Umweltbehörde die Siedlungen der BewohnerInnen plötzlich für illegal erklärte. Die AnwohnerInnen der historischen Stätte Kuelap in Peru sollen von ihren Anbaugeländen und ihrem kulturellen Erbe vertrieben werden, um einem touristischen Projekt Platz zu machen. Dabei verzichtet die nationale Kulturbehörde auch nicht auf Drohungen und gewaltsame Übergriffe auf die BäuerInnen.

Wenn einem kombinierten Konzept von Schutzgebieten und »Ökotourismus« das Wort geredet wird, das die Bevölkerung ausgrenzt statt sie einzuschließen, so geht damit nicht selten der Verlust geistigen Eigentums einher. Kenntnisse über traditionelle Fischerei oder Waldwirtschaft gehen verloren, wenn sie nicht angewendet und weitergegeben werden. Das Versprechen, als »NaturinterpretInnen« im Tourismus arbeiten zu können, reicht oft weder als Einkommensalternative noch als Entwicklungsperspektive für ganze Gemeinden aus. Der Verlust dieses gesellschaftlichen Gutes kann schnell in eine ökonomische Abhängigkeit führen, die das Recht auf eine selbstbestimmte Gestaltung der Entwicklung ebenso wie den Erhalt des vom Menschen mitgeprägten Reichtums an Arten und Ökosystemen unterläuft.

Hinzu kommt, dass Arten entwendet werden und Wissen bezüglich ihres Nutzens über Kanäle außer Landes fließt, die weitgehend mit touristischen Visa überhaupt erst betreten wurden. Immer häufiger werden botanische und medizinische Kenntnisse zusammen mit einer Urwaldtour angeboten. Dem philippinischen Umweltministerium sind mehrere Fälle bekannt, denen zufolge Wissenschaftler Material außer Landes geschmuggelt haben, das inzwischen mittels Patentierung in den Besitz ausländischer Pharma- und Agrarunternehmen überging. Einen wirksamen Schutz oder nationale Regelungen gegen den illegalen Schmuggel von genetischem Material oder Kenntnissen über dessen potentielle Nutzung gibt es hingegen kaum. Die Rechte am geistigen Eigentum der lokalen Bevölkerung, die im Tourismus involviert ist, sind nicht wirksam geschützt. So droht das in der Biodiversitäts-Konvention (CBD) vereinbarte Ziel einer gerechten Aufteilung des Ertrages aus der biologischen Vielfalt ausgehöhlt zu werden.

Zudem kann eine nicht mehr praktizierte Wirtschaftsweise aus kulturlandschaftlicher Sicht einen herben Verlust auch für die touristische Attraktivität bedeuten: Die ostafrikanischen Savannen sind von der nomadischen Viehhaltung der Maasai, die sich immer wieder mit Vertreibungen konfrontiert sehen, ebenso geprägt wie die Lüneburger Heide von der Schafwirtschaft. Paragraph 8(j) der CBD erkennt zwar die besondere Bedeutung der indigenen Bevölkerung für den Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Ressourcen sowie ihre Land- und Nutzungsrechte an. Allerdings liegt der Besitz an der biologischen Vielfalt in der Souveränität der Nationalstaaten, welche die Rechte der Bevölkerung ja keineswegs immer garantieren.

Die Idee, der Tourismus solle den Schutz der Natur mitfinanzieren, erscheint sinnvoll, doch geht die Rechnung oft nicht auf. Ohne die Tauch- und Safaridollars, heißt es etwa in Kenia, seien die vielen Nationalparks gar nicht zu finanzieren. Während die Hotelabwässer nördlich von Mombasa den Korallen kräftig zusetzen, lassen sich die Schnorchelfans mit dem Speedboot in den Unterwassernationalpark südlich der Küstenstadt bringen. Mit den Einnahmen aus dem Parkbesuch wird das Riffsterben aber keineswegs aufgehalten. Die ökologischen Belastungen durch den Tourismus jenseits der Parkzäune und auf dem Weg bis an die Tore der Parks müssen vollumfänglich mitberechnet werden. Eine naturverträgliche Lenkung der steigenden Besucherzahlen kostet zusätzlich Geld, das die Kassen vieler Parkverwaltungen gar nicht hergeben. Der Naturtourismus, gern unter dem Label »Ökotourismus« vermarktet, wird immer beliebter und erweist sich häufig als Wegbereiter für ausgedehnte Erschließungen samt Infrastrukturaufbau, welche die sensiblen Gebiete noch mehr belasten.

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2002 zum Internationalen Jahr des Ökotourismus (IYE) erklärt. Im Vordergrund steht dabei die internationale Promotion durch die Illustration von »best practices«. Solange aber die Auswirkungen des Naturtourismus und der als ökotouristisch bezeichneten Angebote nicht umfassender berücksichtigt werden, scheint dies äußerst fragwürdig. Sicher gilt es, die vielen Initiativen für einen verträglicheren Tourismus, die übrigens längst nicht alle unter dem Begriff »Ökotourismus« laufen, zu würdigen. Doch müssen die Gefahren und teils verheerenden Folgen des »Ökotourismus« für die biologische Vielfalt und die betroffene Bevölkerung in den Zielgebieten vollumfänglich in Betracht gezogen werden, um die Rahmenbedingungen künftiger Entwicklungen abzustecken. Dabei müssen die Betroffenen angemessen zu Wort kommen und mitentscheiden können.

Erfreulicherweise hat die Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) einen Beschluss über biologische Vielfalt und Tourismus — verhandelt als Teilaspekt zur nachhaltigen Nutzung — auf die Wege gebracht. Besonderes Augenmerk legt der Beschluss auf die Bedeutung des Wissens der lokalen und indigenen Gemeinden. Allerdings wird versäumt, ihre umfassende, aktive und wirksame Teilnahme im touristischen Geschehen verbindlich einzufordern. Ähnliche Lücken weist der Entwurf für »Internationale Richtlinien für Aktivitäten im Bereich nachhaltige Tourismusentwicklung und biologische Vielfalt« in seiner derzeitigen Fassung auf. VertreterInnen lokaler und indigener Gemeinden beurteilen den bisherigen Prozess der Ausarbeitung der für den Tourismus relevanten Dokumente der CBD bezüglich ihrer Beteiligung als unzureichend. Zudem kann der CBD-Richtlinienentwurf zum Tourismus die Ziele des Arbeitsprogramms zum Tourismus, wie sie auf der 7. Sitzung der UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD-7) verabschiedet wurden, keinesfalls allein abdecken. Er ist lediglich ein Baustein auf dem Weg zu einer Umgestaltung des Tourismus. Um auch den sozialen und ökonomischen Aspekten wie etwa den Eigenbedarfsökonomien die notwendige Beachtung zu verschaffen, bedarf der Entwurf dringend der Überarbeitung unter vollem Einbezug der Betroffenen.

Forderungen

❖ Wir fordern die Verantwortlichen aus Tourismusindustrie und -politik auf, die Souveränität der Staaten über ihre biologischen Ressourcen nicht gegen die Rechte indigener Gemeinden auszuspielen. Aus diesem Grunde ist die Berücksichtigung und Einhaltung des Paragraphen 8j der Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) durch staatliche und private Akteure im Tourismus unerlässlich. Die Einhaltung der Rechte der indigenen Bevölkerung auf Zugang und Kontrolle über das von ihnen genutzte Land ist durch die Ratifizierung der ILO-Konvention N° 169 zum Schutz der indigenen Völker seitens der Länder in Nord und Süd zu gewährleisten. Sie muss auch von der Tourismusindustrie anerkannt und in ihrer Strategie berücksichtigt werden.





❖ Die Verantwortlichen aus der Tourismuspolitik sind aufgefordert, sich für eine Einhaltung von ökologischen und sozio-ökonomischen Belastungsgrenzen der biologischen Vielfalt einzusetzen. Dazu muss eine Mitentscheidung der lokalen Bevölkerung bei der Wahl der Kriterien für eine Bewertung der ökologischen und sozialen Tragfähigkeit von biologischer Vielfalt und von Kulturlandschaften gesichert werden.

❖ Die Anerkennung und Berücksichtigung der sozialen Dimensionen der biologischen Vielfalt sollten in die geplanten »Internationalen Richtlinien für Aktivitäten im Bereich nachhaltige Tourismusentwicklung und biologische Vielfalt« eingebracht werden. Sinnvolle und hilfreiche Ergänzungen wurden von den VertreterInnen der Süd-NGOs auf einem Workshop in New Delhi im September 2001 gemacht, die in den Richtlinienentwurf unbedingt mit aufgenommen werden sollten. Der Entwurf bedarf einer umfassenden Überarbeitung in einem Prozess unter Einbezug aller Beteiligten (»multi-stakeholder«).

❖ »Ökotourismus« kann nicht als pauschales Rezept für den Naturerhalt empfohlen oder gar gefördert werden. Statt dessen ist eine Überprüfung der touristischen Entwicklungen notwendig, die sich derzeit unter diesem Begriff summieren. Die UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung sowie die OrganisatorInnen des Internationalen Jahres des Ökotourismus, die Welttourismusorganisation (WTO-OMT) und das UN-Umweltprogramm (UNEP), sind aufgefordert, von einem unabhängigen Gremium untersuchen zu lassen, welche positiven und welche negativen Folgen der sogenannte »Ökotourismus« für den Lebensalltag und die Umwelt der betroffenen Menschen tatsächlich hat.

❖ Tourismus ist als Katalysator für Biopiraterie und Diebstahl geistigen Eigentums anzuerkennen und ernst zu nehmen. Es braucht verbindliche Rechtsinstrumente, die Biopiraterie verhindern — auf nationaler wie auf internationaler Ebene. Diebstahl und Vermarktung des Wissens der lokalen Bevölkerung ohne ihr Einverständnis müssen mit geeigneten Maßnahmen verhindert werden.



5 Wasser

Das kühle Nass ist unterwegs noch kostbarer als zu Hause.

»Wer mit dem Nilwasser spielt, erklärt uns den Krieg«, sagte seinerzeit der ägyptische Präsident Sadat. Dass das Wasser aus dem Nil auch innerhalb der Landesgrenzen abgezogen werden kann, daran hatte er damals wohl kaum gedacht. Die üppigen Luxusresorts am Roten Meer zwingen zum Bau immer neuer Wasserpipelines quer durch die Wüste direkt bis in die Swimmingpools. Dabei weist die Wasserversorgung für die ÄgypterInnen und ihre bewässerungsabhängige Landwirtschaft entlang des Nils erhebliche Defizite auf: Erschließung, Verteilung sowie Reinhaltung von Trinkwasser sind äußerst problematisch.

Seit geraumer Zeit zählt Wasser — eigentlich ein öffentliches Gut, das häufig kommunal verwaltet wird — zu den zentralen Streitpunkten der globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik. Ein Menschenrecht auf Wasser, wie seitens vieler NGOs gefordert, gibt es bislang nicht. Dabei ist Wasser Leben, und ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser kann von Ernährungssicherheit nicht die Rede sein. Genau diese Situation trifft weltweit auf 1,2 Milliarden Menschen in über 50 Ländern zu. Bis 2025 werden schätzungsweise 5 Milliarden Menschen von Wasserstress betroffen sein; schon jetzt leben 2,5 Milliarden Menschen ohne sanitäre Einrichtungen. Häufig verschärft der Wasserbedarf des Tourismus die Knappheit. Mit der Privatisierung des Wassers, wie sie zur Zeit vielerorts vorangetrieben wird und auch für die Dienstleistungsabkommen (GATS) im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO-OMC) zur Diskussion steht, wird die Verteilung dieses lebenswichtigen Gutes privaten Interessen unterstellt und durch Marktpreise geregelt. Katastrophale Folgen für die betroffenen Menschen sind absehbar, gerade auch in touristischen Zielgebieten. So stellt bereits jetzt der Privatverkauf des Grundwassers aus ägyptischen Oasen an die seit jüngstem hier boomenden Hotels besonders für die Viehhirten, die mit weniger Brunnen auskommen müssen, ein ernsthaftes Problem dar.

Mancherorts ist Wasserknappheit eine Folge von Entwaldung oder Bodenerosion in Berggebieten. An der Beeinträchtigung dieser Wassereinzugsgebiete ist Tourismus nicht selten beteiligt — beispielsweise im Himalaya oder in den Alpen. Auf der Baleareninsel Mallorca muss in der Hochsaison das Wasser oft aufwendig vom Festland herangeschafft werden. In Goa sickert durch den Abbau von Sanddünen für den Bau von Hotelanlagen Salzwasser in die Böden des Hinterlandes und ins

Grundwasser. In Tunesien fehlt laut Weltbank den Landwirten das Wasser, das aus dem Hinterland in die Küstenhotels gepumpt wird. Ihre Felder trockneten aus und mussten aufgegeben werden.

Grüne Golfplätze in Tunesien, Süßwasser-Swimmingpools und künstliche Gartenanlagen am Roten Meer sind Ausdruck eines verschwenderischen Verhaltens der Feriengäste. Der Wasserkonsum von 2.000 Litern am Tag pro Gast in einem tanzanischen Hotel ist zwar die Ausnahme. Doch auch mit 400 bis 600 Litern liegt der weltweite Durchschnittsverbrauch der Hotelgäste weit über den 25 Litern, die beispielsweise von der Bevölkerung Zanzibars genutzt werden. In den Ländern südlich der Sahara gelten 20 Liter pro Kopf als Durchschnittswert der Einheimischen. Auch übersteigt der Wasserverbrauch der Feriengäste die rund 150 bis 200 Liter, die pro Kopf und Tag in den Industrieländern konsumiert werden. Die industrielle Produktion von Konsumgütern wie Dosenbier verbraucht zusätzlich 20 Liter Wasser für die Bierherstellung und 40 Liter für die Produktion der Dose. Völlig fragwürdig erscheinen die Sprinkleranlagen zur Begrünung, die mancherorts bis zu 50 Prozent des Hotelwassers für sich verbuchen. Die Rasenflächen eines 18-Loch Golfplatzes verbrauchen täglich über 2,3 Millionen Liter Wasser. Auf den Philippinen könnten mit dem Wasser, das auf einem Golfplatz versickert, 65 Hektar fruchtbares Ackerland bewässert, 15.000 EinwohnerInnen der Hauptstadt Manila oder 60.000 DorfbewohnerInnen versorgt werden.

Leergezapfte oder verschmutzte fossile Grundwasserreserven gefährden die Wasserversorgung insbesondere in Trockengebieten und auf Inseln. Die Süßwasserreserven sind hier besonders knapp und die Wachstumsprognosen des Tourismus für die künftige Versorgung vielerorts schlichtweg untragbar. Manche Ferieninseln sind auf Regenwasser als einzige Süßwasserquelle angewiesen. Wird auf Koralleninseln etwa die Süßwasserlinse angezapft, so kann das fragile Ökosystem empfindlich gestört, das schützende Riff beschädigt werden und die Insel einbrechen. Wenn Inselbevölkerungen den Bau und Unterhalt energieintensiver Meerwasserentsalzungsanlagen finanzieren, um den ökologischen Folgekosten eines ruinösen Verbrauchs der Hotels und Golfplätze vorzubeugen, ist das Wasserproblem keineswegs im Sinne der Nachhaltigkeit gelöst.

Gerade der »Wassertourismus« zerstört häufig genau das, was die touristische Attraktion ausmacht: Durch ungeklärte Abwässer und chemisch reaktive Ausflüsse der Entsalzungsanlagen erkranken die Korallenriffe. Oder sie ersticken, wie im ägyptischen Hurghada, am importierten Feinsand der künstlich aufgeschütteten Strände. Vielfach ungeklärte Abwässer und Abfälle von kilometerlangen Hotelküsten und vom

Kreuzfahrttourismus auf offener See schädigen die Küstenbiotope und belasten die Meere, Algenblüten gefährden den Fischreichtum. Der Wassersporttourismus sucht sich dann neue Plätze, während Insel- und KüstenbewohnerInnen Einbußen in der Fischerei hinnehmen müssen.

Der übermäßige Verbrauch von Süßwasser ist nicht ohne die Produktion von Abwasser zu haben — beide lösen eine Kette von Reaktionen aus, die insbesondere die einheimische Wirtschaft und Umwelt treffen und oft unlösbare Dimensionen annehmen. Auf den Rasenflächen der Golfplätze ausgebrachte Pestizide finden sich im Trinkwasser und in den Feldfrüchten der umliegenden Landwirtschaft wieder (siehe Kapitel 3). Das westafrikanische Sprichwort »Filthy water cannot be washed« (verschmutztes Wasser lässt sich nicht reinwaschen) trifft trotz moderner Abwassertechnologie die prekäre Lage: Die Selbstreinigungskraft der Grundwasserreserven liegt im Durchschnitt bei 1.400 Jahren. Schon jetzt sind tödliche Krankheiten für weltweit zwei bis vier Millionen Menschen die Folge fehlenden Zugangs zu sauberem Wasser. Diesen fehlenden Zugang in »Wasserknappheit« umzutaufen, während gleichzeitig eine grenzenlose Verschwendung praktiziert wird, verwischt die Gründe für die Verwundbarkeit vieler Menschen und entlässt die Verursacher aus ihrer Verantwortung. Dabei stellen Wassersparmaßnahmen in der Tourismusindustrie mancherorts ein riesiges Potenzial dar, das — wie bei Energiespar- oder Abfallvermeidungsmaßnahmen — finanziell oftmals schon kurzfristig sehr interessant ist, aber noch viel zu wenig genutzt wird.



Forderungen

❖ Das Recht auf gleichberechtigten Zugang zu Wasser als Grundlage des Lebens ist Voraussetzung für eine sozial gerechte Gestaltung der Entwicklung, auch im Tourismus. Die Staatengemeinschaft ist gefordert, Wasser mit geeigneten Vereinbarungen als öffentliches Gut zu verankern und das Recht auf Wasser für alle zu sichern.

❖ Die Staatengemeinschaft ist aufgefordert, die Verankerung des international bisher nicht geltenden Vorsorge- und Verursacherprinzips in Bezug auf die Nutzung und Bewirtschaftung des Süßwassers und der Meere voranzutreiben. Tourismus muss als Mitverursacher von Wasserkonflikten in die internationalen Programme zur Eindämmung der Wasserkrise einbezogen werden, und die Verantwortlichen aus Industrie und Politik sind gefordert, konkrete Vorsorgemaßnahmen zu treffen.

❖ Die Politik hat sicher zu stellen, dass die Planung der Wasserversorgung auf einem gemeinschaftlichen, partizipativen Ansatz beruht. Über die Wassernutzung darf nicht ohne die aktive vorinformierte Teilnahme der lokalen Bevölkerung verfügt werden; Lokale Agenda 21-Prozesse bieten dazu einen geeigneten Rahmen. Erforderlich ist eine kleinräumige Wasserversorgung in kommunaler Verantwortung, in die sich der Tourismus als Nutzer integrieren muss.

❖ Die Verantwortlichen aus Tourismusindustrie und Politik sind angehalten, Verpflichtungen zu sofortigen Wassersparmaßnahmen und zur Abwassermeidung einzuleiten und einzuhalten. Ebenso dringlich ist die Selbstverpflichtung der Tourismusindustrie zu einem sofortigen Abwassermanagement und entsprechende Auflagen sowie Lenkungsmaßnahmen seitens der Politik. Insbesondere auch Müll und Abwässer aus dem Kreuzfahrttourismus gehören weder ins Meer noch in Binnengewässer!

❖ Reisende sind überall aufgefordert, sparsam mit Wasser umzugehen.



6 Menschenwürde — Geschlechtergerechtigkeit **Frauen und Kinder benötigen Schutz und »Empowerment«, damit sie im Tourismus nicht das Nachsehen haben.**

Frauen machen 70 Prozent der weltweit in absoluter Armut lebenden Menschen aus. Dass die Frauen in praktisch allen Lebensbereichen schlechter gestellt sind als die Männer, wirkt sich direkt auch auf die Kinder aus, deren Wohlergehen heute größtenteils von der Fürsorge von Frauen abhängt. Es kann keine nachhaltige Entwicklung geben, ohne — so hält die Agenda 21 von Rio fest — vollumfängliche Berücksichtigung der »Genderfrage«, des Geschlechterverhältnisses zwischen Mann und Frau.

Die Tourismusverantwortlichen betonen gerne, welche Chancen der Tourismus gerade den Frauen eröffnet. Tatsächlich kommt den Frauen eine tragende Rolle im Tourismus zu: So sind laut neuesten Schätzungen der ILO an die 70 Prozent der Beschäftigten im Tourismus heute Frauen. Dabei noch nicht berücksichtigt sind diejenigen, die im informellen Sektor als Fruchthändlerin, Souvenirproduzentin, Zimmervermieterin oder Restaurantbesitzerin ein Auskommen suchen. Frauen können hier durchaus erfolgreich einen Haupt- oder Zusatzverdienst finden. Voraussetzung für den Erfolg dieser Unternehmerinnen ist allerdings, dass sie bereits über ein »Startkapital« verfügen, sei es ein Haus für Zimmervermietung, einen Bauernhof für den Empfang von Feriengästen oder den Anbau von Produkten zum Verkauf, seien es besondere Kenntnisse, Kochkunst, Handwerk, Buchhaltung oder Sprachen.

Anders sieht es für viele Frauen aus, die in Tourismusbetrieben angestellt sind. Weltweit verdienen sie durchschnittlich 20 bis 30 Prozent weniger als ihre männlichen Arbeitskollegen in gleicher Stellung. Zudem haben im Tourismus tätige Frauen mit Familien eine ganz erhebliche Mehrfachbelastung zu ertragen; zu den langen Arbeitstagen im Betrieb kommt die Hausarbeit, was für die Frauen nicht selten eine Wochenarbeitszeit von 90 und mehr Stunden bedeutet. Frauen sind in allen Bereichen der persönlichen Dienstleistungen der Gefahr von sexuellen Übergriffen ausgesetzt; je abhängiger ihre Stellung ist, desto mehr sind sie der sexuellen Ausbeutung ausgeliefert.

Doch auch viele Frauen, die nicht direkt im Tourismus arbeiten, werden zu Leidtragenden der Tourismusentwicklung. Meist sind es die Anwohnerinnen von Tourismuskomplexen, welche die enormen ökologischen und sozialen Belastungen durch die Vergnügungszentren am direktesten zu spüren bekommen (siehe Kapitel 3, 4, 5). Wenn traditionelle Einkommensquellen

versiegen und gleichzeitig infolge des Tourismus die Lebensmittel teurer werden, bleibt den Frauen vielfach keine andere Wahl, als sich irgendwie im Tourismus zu verdingen, um sich selbst und ihre Familien durchzubringen.

Prostitution ist oft der Ausweg, zumal das Sexgeschäft in den Tourismusgebieten der Entwicklungs-, aber auch der Transitionsländer besonders boomt. Die einschlägigen Angebote erfreuen sich bei Sexreisenden nach wie vor großer Beliebtheit, bietet doch der Sex mit Einheimischen im Urlaub nebst »Exotik« auch reichlich Gelegenheit zur Dominanz, allein schon der wirtschaftlichen Überlegenheit halber. So fordern Touristen immer wieder ungeschützte Kontakte, welche die Beteiligten den Risiken von HIV und Geschlechtskrankheiten aussetzen. Nicht nur Frauen sind verhängnisvoll im Sexbusiness der Tourismusdestinationen involviert, und die Betroffenen stehen bei weitem nicht alle unter dem selben materiellen Druck, ihr Überleben mit Prostitution zu sichern. Jedoch bleibt der Sextourismus vor dem Hintergrund des Mangels an guten Erwerbsmöglichkeiten in den Tourismuszielländern und der herrschenden Machtverhältnisse in der globalen Gesellschaft immer auch ein Ausdruck struktureller Gewalt und ein Angriff auf die Menschenwürde.

Oft müssen in touristischen Gebieten aber auch die Kinder bereits früh für ihre Existenzsicherung sorgen und ihre Familien ernähren helfen: dreizehn bis neunzehn Millionen Kinder und Jugendliche unter achtzehn Jahren sind gemäß Schätzungen der ILO im Tourismus beschäftigt. Kinderarbeit hat damit einen Anteil von mindestens zehn Prozent des formellen touristischen Arbeitsmarktes, und die neuesten Trends weisen auf eine Zunahme hin. Zieht man weiter den informellen Sektor in Betracht, so dürfte die Zahl der im Tourismus tätigen Kinder und Jugendlichen noch viel höher liegen. Eine Studie des Arbeitskreises Tourismus & Entwicklung zeigt, dass Mädchen und Jungen aller Altersstufen in den unterschiedlichsten Arbeitssituationen im Tourismus anzutreffen sind, auch in den Industrieländern.

Nicht alle jungen Beschäftigten im Tourismus arbeiten in ausbeuterischen Verhältnissen. Doch viele Millionen Kinder und Jugendliche werden durch ihren Job im Tourismus am Schulbesuch gehindert; sie müssen oft harte, gefährliche Arbeit für wenig oder gar keinen Lohn verrichten und haben häufig keine Chance auf berufliche Ausbildung. Viele der Arbeitssituationen von Kindern und Jugendlichen im Tourismus sind zu den schlimmsten Formen der Kinderarbeit zu rechnen, die laut der neuen Konvention der ILO zum Schutz der Kinder (Convention concerning the Prohibition and Immediate Elimination of the Worst Forms of Child Labour, N° 182) vorrangig bekämpft werden müssen.

Zu den schlimmsten Formen der Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen zählt die kommerzielle sexuelle Ausbeutung, der vorsichtigen Schätzungen der UNICEF zufolge eine Million Kinder und Jugendliche weltweit jährlich neu zum Opfer fallen. Die illegalen Geschäfte mit den Kindern florieren in vielen Ländern. Verbrecherringe verdienen mit Kinderprostitution, Kinderpornografie und Kinderhandel Milliarden. Die touristische Infrastruktur wird gezielt für diese Verbrechen genutzt; Reisende missbrauchen die Kinder in den Tourismusdestinationen unter Ausnützung der günstigen Flug- und Urlaubsangebote. Die Welttourismusorganisation (WTO-OMT) selbst fordert die Verantwortung der Tourismusbranche ein mit der expliziten Begründung, dass jegliche sexuelle Ausbeutung von Kindern den fundamentalen Zielen des Tourismus entgegen stehe. Der weltweiten Umsetzung des Verhaltenskodexes zum Schutz der Kinder vor sexueller Ausbeutung im Tourismus kommt heute große Bedeutung zu. Dieser Verhaltenskodex, der von der Kinderrechtsorganisation End Child Prostitution, Pornography and Trafficking for sexual Purposes (ECPAT) entwickelt und von zahlreichen Reise- und Tourismusunternehmen unterzeichnet wurde, stellt viel mehr als eine Erklärung dar. Die Selbstverpflichtung ist mit einer Überprüfung der Aktivitäten (Monitoring) zum Schutz der Kinder verbunden. Nur wenn die Reisebranche sich aktiv an der Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen beteiligt, kann der Schutz für die Betroffenen umfassend und wirksam gewährleistet werden.



Forderungen

❖ Vollumfängliche Berücksichtigung der genderspezifischen Aspekte — Anliegen und Perspektiven, welche Frauen einbringen, Auswirkungen auf Frauen und Kinder, die Frauen beanstanden — bei allen Entwicklungsvorhaben, gerade auch zum Tourismus.

❖ Konsequente Maßnahmen auf allen Ebenen gegen die Geschlechterdiskriminierung und zum Schutz vor Ausbeutung im Tourismus: Gleichstellung in Tourismusbetrieben, spezifische Frauenförderung in Tourismusunternehmen; Bildungs- und Förderungsmaßnahmen für lokale Anbieterinnen.

❖ Sofortige Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte des Kindes sowie entsprechende finanzielle Ausstattung; Ratifizierung des Zusatzprotokolls der UN-Konvention zu Kinderprostitution, -pornografie und -handel.

❖ Ratifizierung der ILO-Konventionen zum Schutz der Kinder vor ausbeuterischer Arbeit sowie gezielte Maßnahmen gegen die Ausbeutung von Kindern in jeglicher Form von Arbeit mit entsprechender Prävention: obligatorische und freie Schulbildung für alle; spezifische Schutz- und Rehabilitationsmaßnahmen für Kinder in ausbeuterischen Arbeitssituationen; Einhaltung der Kinderschutzgesetze sowie konsequente Auslegung zu Gunsten der Kinder; verschärfte Verfolgung von Tätern, die sich der Ausbeutung von Kindern schuldig machen, auch über extraterritoriale Verfahren.

❖ Tourismusunternehmen sind besonders gefordert, Verantwortung zu übernehmen und alle Maßnahmen zur Förderung von Frauen aktiv zu unterstützen sowie alle Kinder im Umfeld des Tourismus wirksam vor Ausbeutung zu schützen. Selbstverpflichtungen der Tourismusbranche wie der Verhaltenskodex zum Schutz der Kinder vor sexueller Ausbeutung im Tourismus mit dem dazugehörigen Berichts- und Monitoringsystem sind unverzichtbare Maßnahmen.

❖ Keine missbräuchliche — diskriminierende, sexistische und rassistische — Darstellung von Frauen und Kindern in der Tourismuswerbung!



7 Partizipation der Zivilgesellschaft

Alle gesellschaftlichen Akteure, gerade auch benachteiligte Bevölkerungsgruppen und Minderheiten, müssen über Tourismus entscheiden können und am Ertrag teilhaben.

Häufig werden touristische Planungen ohne jegliche Teilnahme und selbst ohne Kenntnis der Bevölkerung geschmiedet: Land wird an Hotelketten verkauft, Strände werden weggeschaufelt und Golfplätze gebaut, Wälder zu »Ökoresorts« umdefiniert und Land für den Bau von Straßen beschlagnahmt, bevor die AnwohnerInnen überhaupt Bescheid wissen und sich über ihre Landrechte sachkundig machen können. So etwa die 20.000 Menschen in Mosambik, denen als Ausgleich für das Verlassen eines künftigen Nationalparks an der südafrikanischen Grenze Arbeitsplätze versprochen wurden, die gar nicht ausreichend vorhanden waren. Nun fordern sie Kompensationsleistungen, doch auch für derartige Klagen werden nachweisbare Landrechte schnell zur unverzichtbaren Voraussetzung auf Erfolg.

In Zanzibar erfuhren die BewohnerInnen vom Projekt des größten ostafrikanischen Hotelkomplexes auf der Halbinsel Nungwi zum ersten Mal über die Lokalpresse, als die Pläne offiziell bereits abgesegnet waren. Die von der East African Development Company vorgelegte Karte für das vier Milliarden US-Dollar teure Projekt mit 16 Luxushotels und 100 Villen sowie Yachthafen, Golf- und Sportplätzen enthält keine Dörfer mehr: Für die derzeit hier lebenden 20.000 Menschen war kein Raum vorgesehen, und auch an Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung wurde offensichtlich nicht gedacht.

Zugleich hat kaum ein anderer Begriff im Entwicklungsjargon so Hochkonjunktur wie die Partizipation. Gerade in internationalen Abkommen zum Tourismus wird ihr das Wort geredet: Das vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und der Welttourismusorganisation (WTO-OMT) gestaltete Programm zum UN-Jahr des Ökotourismus (IYE) ist von »Teilnahme«-Floskeln ebenso voll wie Mitsprache und Mitbestimmung in den derzeit verhandelten »Internationale Richtlinien für Aktivitäten im Bereich nachhaltige Tourismusedwicklung und biologische Vielfalt« auffallend betont werden. Doch Absichtserklärungen scheitern, wie jüngst der Vorbereitungsprozess zum IYE gezeigt hat, am Fehlen verpflichtender Rahmenbedingungen, die eine Partizipation überhaupt erst möglich machen: Wenn niemand die finanziellen Mittel für die Teilnahme aller interessierten VertreterInnen von Süd-NGOs zur Verfügung stellt und kein angemessener Zeitraum für Vorbereitung, Rücksprache und partizipative

Meinungsbildung mit der Basis oder innerhalb der lokalen Gremien bleibt, so kommt das faktisch einem Ausschluss gleich. VertreterInnen der indigenen Völker und einiger NGOs hatten bereits bei der 8. Sitzung der UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD-8) auf solche Schwachstellen aufmerksam gemacht.

Mit dem Rio-Prozess haben sich die Mitsprache-Möglichkeiten der unterschiedlichsten Akteure, insbesondere auch aus der Zivilgesellschaft, an politischen Entscheiden auf den verschiedenen Ebenen deutlich verbessert. Gebündelt wird die Mitsprache aller Akteure unter dem Stichwort "multi-stakeholder" Prozess. Sicher können internationale Abkommen allein nicht das ersetzen, was allen Menschen an demokratischen Rechten zukommen muss. Zukunftsweisend ist der partizipatorische Ansatz von Lokalen Agenda 21-Prozessen, aber auch die wachsende Präsenz und Mitsprache von NGOs und VertreterInnen aus der Zivilgesellschaft bei politisch wichtigen internationalen Weichenstellungen. Dies muss besonders bezüglich der Gremien der Internationalen Wirtschafts- und Handelspolitik ausgebaut und durch eine entsprechende finanzielle Ausstattung gesichert werden. Die Art und Weise, wie über wichtige internationale Vorlagen informiert wird und wie dabei eine Partizipation aller Betroffenen gewährleistet wird, ist mit transparenten Kriterien festzulegen, was in tourismuspolitischen Entscheidungen ganz offensichtlich bislang versäumt wurde. Wer letztlich, gerade aus der Zivilgesellschaft, Zugang hat zu wichtigen internationalen Anlässen und Arbeiten und wie diese Teilnahme auch für andere Interessierte wieder fruchtbar gemacht werden kann, muss dringend in NGO-Kreisen zur Diskussion gestellt werden. Dabei ist auch festzuhalten, dass NGOs nie das gesamte Spektrum der Zivilbevölkerung vertreten.

Gerade die schwache Stellung vieler Menschen in den südlichen Reisedestinationen wird von der Privatwirtschaft ausgenutzt. Touristische Angebote werben mit Bildern über Fremde, die eher den Begehrlichkeiten der TouristInnen entsprechen und weniger Wert auf die realen Lebensverhältnisse in den touristischen Zielregionen legen. So wird Burma (Myanmar) in der Reisewerbung zum »geheimnisvollen Land der Goldenen Pagoden«, und kein Wort wird darüber verloren, dass die seit über zehn Jahren herrschende Militärjunta den Ausbau des Tourismus mit Zwangsarbeit forciert hat. Das Bild von Thailand als »Land des Lächelns« ist ein europäisches Konstrukt, Afrika steht für Erdverbundenheit, der Orient für »Tausend und eine Nacht«. So platt diese Zuschreibungen der Reisewerbung offensichtlich sind, sie funktionieren, indem sie den massenhaften Wunsch nach Image- und Symbolkonsum bedienen. Und die Tourismusunternehmen legitimieren mit den auf Klischees und Vorurteilen aufbauenden Konsumentenwünschen ein Eindringen bis in die private Sphäre der Bevölkerung. So vollzieht sich der »Besuch« bei Einheimischen

bis in die hintersten Winkel ihrer Häuser oder die »Teilnahme« an Zeremonien häufig ohne das vorhergehende Einverständnis der Besuchten. Gerne wird auch das »primitive« Leben in Armut, häufig ein Resultat von Strukturanpassungsmaßnahmen und Schuldenpolitik, als touristische Attraktion verwertet. Statt Begegnungen auf gleicher Augenhöhe zu ermöglichen, werden so eher rassistische Wahrnehmungen geprägt oder zumindest bestätigt.

Die exotischen Bilder über die Bevölkerung der besuchten Länder in der Reisewerbung finden in den Reiseberichten der Magazine ihre Entsprechung. Es ist gängig, dass sich ReisejournalistInnen ihre Reisen von Tourismusunternehmen finanzieren lassen. Damit wird einer tendenziösen Berichterstattung Vorschub geleistet, die noch dadurch verstärkt werden kann, dass Medien auf die Einnahmen aus Inseraten von Reiseveranstaltern schießen. Die Möglichkeit zur Selbstdarstellung und das Recht auf korrigierende Gegendarstellung seitens der einheimischen Bevölkerung ist in keiner Art und Weise gewährleistet. Für ihre Sicht auf den Tourismus gibt es in der Medienlandschaft kaum Platz, zumal die Berichterstattung über Länder der Dritten Welt in hiesigen Medien ohnehin rückläufig ist.

Forderungen

❖ Für eine nachhaltige Gestaltung des touristischen Geschehens und eine gerechte Verteilung der Gewinne aus dem Tourismus ist das Recht aller Betroffenen auf vollumfängliche Mitsprache bei allen Entscheiden zum Tourismus notwendig, einschließlich der Erarbeitung von Kriterien zur Entscheidungsfindung.

❖ Partizipation ist erst mit der Transparenz über Entscheidungsabläufe gewährleistet und ist mit Maßnahmen wie der Bereitstellung von logistischen, technischen, kommunikativen und finanziellen Mitteln für alle Betroffenen, insbesondere für benachteiligte Bevölkerungsgruppen sicher zu stellen. Um eine umfassende und aktive gleichberechtigte Teilnahme aller gesellschaftlichen Akteure im Tourismus zu ermöglichen, sind Informationsfluss, Bildung und Kommunikation zu verbessern. Insbesondere die für Tourismus zuständigen Behörden und Verantwortlichen aus der Wirtschaft sind hier gefordert. Das gilt für internationale wie lokale Prozesse gleichermaßen.



❖ Alle für den Tourismus verantwortlichen Politikbereiche - einschließlich der Beschäftigung, des Verkehrs und der Energie- sowie Wasserversorgung — sollten sich für eine partizipative Planung und Entscheidungsfindung im Tourismus, wenn möglich durch Lokale Agenda 21-Prozesse, zu allen tourismusrelevanten Fragen verpflichtet fühlen.

❖ Die Tourismusverantwortlichen aus Politik und Wirtschaft sowie NGOs sind aufgefordert, zusammen mit allen Akteuren, insbesondere den benachteiligten Gruppen, eine Debatte über Standards von Partizipation in Anlehnung an die Forderungen der indigenen VertreterInnen zum »Ökotourismus« auf der CSD-8 anzustoßen.



❖ Partizipation im Tourismus heißt aber auch: Zugang zu touristischen Einrichtungen wie Hotels und zu den Reiseangeboten für alle, keine Diskriminierung der Einheimischen!

❖ Um der Entwürdigung und Kommerzialisierung von Kultur und Privatsphäre entgegenzuwirken, ist die Mitsprache der Betroffenen bei ihrer Darstellung in Reiseangeboten zu gewährleisten. Dazu gehören die Möglichkeit der Selbstdarstellung und der korrigierenden Gegendarstellungen.



❖ Von allen Medienschaffenden wird eine unabhängige, wahrheitsgemäße und aufklärende Berichterstattung über Tourismus in Funk, Fernsehen und Printmedien wie Reisemagazinen erwartet. Sie sollen gerade den von den Folgen des Tourismus Betroffenen ein Forum bieten und die Reisenden umfassend über die Auswirkungen des Tourismus informieren. Als wichtige Akteure der Zivilgesellschaft sollen Medienschaffende auch die Herausforderung annehmen, mit ihren Mitteln kreativ auf die Trendwende im Tourismus hinzuwirken, die für die globale nachhaltige Entwicklung nötig ist.



8 Konsum und Lebensstil

Reise- und Freizeitverhalten umwelt- und menschengerecht gestalten!

20 Prozent der Weltbevölkerung, die BewohnerInnen der Industriestaaten, konsumieren 80 Prozent der Ressourcen weltweit. In Rio haben sich deshalb 1992 die Industrieländer verpflichtet, vor allem auch den Konsum- und Lebensstil ihrer Angehörigen »weltverträglicher« auszugestalten.

Wir Menschen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz zählen zu den »Weltmeistern« im Reisen und leben hinsichtlich unseres Reise- und Freizeitverhaltens auf viel zu großem Fuß. Der übergroße Fußabdruck ist im Tourismus um so gravierender, als sich die Reisenden in andere Länder und Regionen begeben und dort die oft ohnehin schon knappen Lebensgrundlagen der ansässigen Bevölkerung konsumieren.

Doch Appelle an die Verantwortung der Reisenden klingen oft schal. Mehr Wissen, auch das schlechteste Gewissen, hat sie bislang kaum von ihrem »wohlverdienten« Vergnügen, wie die Reisebranche bei jeder Gelegenheit nachdrücklich betont, abgehalten. Und alles, was im Freizeitbereich schon nur von Weitem nach Moral, Einsicht oder gar Verzicht riecht, verjagt selbst das aufgeschlossenste Publikum der auf »Events« und individuelle Erlebnisse getrimmten Freizeitgesellschaft.

Kein Wunder, suchen die Reisenden ihre »Erlebnisse« immer öfters unterwegs, sind doch die Reisen infolge sinkender Preise immer erschwinglicher geworden. Oft spüren TouristInnen erst vor Ort, dass etwa Abwässer ihre Badevergnügen beeinträchtigen oder andere Unliebsamkeiten den Urlaubsgenuss schmälern. Doch da kommt das Pauschalreisegesetz mit seinen Rückerstattungen gern zu Hilfe. Im Rahmen des bestehenden Verbraucherschutzes wird nicht berücksichtigt, dass gerade der »Schnäppchen-Tarif« einem Hotel keinen finanziellen Spielraum mehr lässt, die notwendigen Vorkehrungen für eine umweltgerechte Abwasser- oder Müllentsorgung zu treffen.

Repräsentativen Umfragen zufolge gibt es in Großbritannien, in Deutschland und in der Schweiz immer mehr Reisende, die für garantiert umwelt- und sozialverträglichere Angebote einen Aufpreis in Kauf nehmen würden. In der Schweiz hat die Reisebranche erst mit Unglauben auf die Umfrageergebnisse reagiert. Ein entsprechend glaubwürdiges, transparent auf Umwelt- und Sozialbelastungen deklariertes Angebot hat bislang noch kein großer Reiseveranstalter zusammengestellt, zweifellos weil kurzfristig

zu wenig rentabel — ein sträflich vernachlässigtes Potenzial für verträglichere Formen des Reisens!

Mit einem Bruchteil der Werbebudgets von Reisekonzernen sind heute die NGOs in den wichtigsten Reiseentsendeländern gefordert, verführerische Botschaften für die notwendige Trendwende im Tourismus und in der Freizeitgestaltung zu erfinden, unliebsame globale Zusammenhänge aufzuzeigen und mit möglichst praktischen, handlungsorientierten Vorschlägen aufzuwarten, wo die Tourismusindustrie selbst wenig anbietet.

Wohl haben Reiseveranstalter, Tourismusorte und -anbieterInnen sich in den letzten Jahren um mehr Verträglichkeit in ihrem Angebot bemüht, was sich in einem heute schier undurchdringlichen Dschungel von »Blauen Flaggen«, »grünen Bäumchen«, »goldenen Silberdisteln« und anderen Labeln niederschlägt. Dies bietet den KonsumentInnen kaum eine griffige Entscheidungshilfe und noch weniger Aufschluss darüber, welches Angebot gegenüber einem anderen welche Vorteile in Hinblick auf die Vermeidung von ökologischen Schäden und sozialen Belastungen bringen kann. Glaubwürdige Zertifizierungsverfahren mit unabhängigem Monitoring sind allerdings aufwendig, so dass sich gerade kleinere Unternehmen, die sich um verträgliche Angebote bemühen, diese gar nicht leisten können.

Wie eine zukunftsfähige Tourismus- und Freizeitgestaltung auszusehen hat, ist längst klar:

- Erholung im Alltag,
- attraktive Naherholung vom Alltag,
- auf nachhaltige Regionalentwicklung ausgerichtete Ferienangebote, die mit umweltverträglichen Verkehrsmitteln erreicht werden,
- die Fernreise, insbesondere die Flugreise, als seltenes, kostbares Vergnügen, das dank neuer Formen von Jahresurlaub, zum Beispiel durch eine Zusammenlegung von Urlaubstagen länger dauert und echte Gelegenheit bieten kann, mit Menschen aus anderen Kulturen in Kontakt zu kommen.

Für diese dringend notwendige Trendwende in der Tourismus- und Freizeitgestaltung ist das aktive, verantwortliche Mitwirken aller Akteure erforderlich.



Forderungen



❖ Jede Entscheidung der Reisenden, von der Vorbereitung über die Auswahl und den Kauf eines Angebotes inklusive dessen Preis bis zu Konsum und Verhalten unterwegs wie auch im Alltag, ist eine Weichenstellung in Richtung nachhaltiger Entwicklung — oder eben nicht. Das muss den KonsumentInnen von Tourismus- und Freizeitangeboten klar dargelegt werden. Dann liegt es in ihrer Verantwortung, konsequente Konsumentscheidungen zu treffen und aktiv verträgliche Tourismus- und Freizeitangebote von den Entscheidungsträgern aus Wirtschaft und Politik einzufordern.

❖ Voraussetzung für einen nachhaltigen Konsum- und Lebensstil ist aber auch, die eigenen Bedürfnisse insbesondere für Erholung, Abwechslung, Entspannung zu überprüfen und aus einer geruhsamen Freizeitgestaltung neue Lebensqualität für das eigene Wohlbefinden zu gewinnen.

❖ Reiseveranstalter und FreizeitanbieterInnen sind aufgefordert, anstelle bisheriger nicht-nachhaltiger Aktivitäten neue attraktive Angebote auf den Markt zu bringen, die den heutigen Erfordernissen einer global nachhaltigen Entwicklung Rechnung tragen, und diese entsprechend zu bewerben. Initiativen aus dem fairen Handel im Tourismus sind verstärkt zu berücksichtigen. Die gesamte Angebotspalette muss so differenziert deklariert werden, dass sie die Umweltbelastungen und sozialen Kosten klar ausweisen und Vergleiche ermöglichen, damit die VerbraucherInnen eine griffige Hilfestellung beim Kauf zur Hand haben. Die Glaubwürdigkeit der Angebotsdeklaration ist mittels Transparenz, regelmäßiger Berichterstattung und unabhängiger Kontrollen sicherzustellen. Die Reisekundschaft ist umfassend zu informieren.

❖ Regierungen und Behörden besonders der Tourismusquellgebiete sind angehalten, einen geeigneten politischen Rahmen zu schaffen, der dem Tourismus- und Freizeitbereich als Querschnittsaufgabe der Politik Rechnung trägt, um eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Zumal die Angehörigen der Entsendeländer ihre Ferien auch im Ausland verbringen, kann die politische Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung im Tourismus nicht an der Landesgrenze enden. Vielmehr müssen die politischen Maßnahmen auch den »out-going«-Tourismus berücksichtigen. Die umweltverträgliche und sozialverantwortliche Gestaltung von Tourismus und Freizeit ist mit gezielten Maßnahmen — Anreizen wie Auflagen — in verschiedensten Politikbereichen (Verkehr, Raumordnung, Umwelt,

Wirtschaft, Bildung, Außen- und Entwicklungspolitik etc.) zu unterstützen. Dazu gehören:

- Förderung einer breiten Palette von attraktiven Möglichkeiten zur Naherholung, die mit ökomobilen Verkehrsmitteln leicht erreichbar sind.
- Konkrete Auflagen bezüglich nachhaltiger Entwicklung für alle Fördermaßnahmen im Tourismus. Schaffung und Unterstützung von neuen Initiativen zur verträglichen Ausgestaltung des Reise- und Freizeitbereiches.
- Gezielte Förderung von Lokalen Agenden 21 unter vollem Einbezug des Tourismus sowie der Reisenden, die ihre Ferien im Ausland verbringen.
- Ausbau der Informations- und Sensibilisierungsarbeit für Reisende und generell KonsumentInnen mit entsprechender finanzieller Ausstattung, nicht allein aus Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit, sondern auch aus den Budgets für Umwelt, Reisesicherheit und -gesundheit sowie Forschung. Bildungsangebote für Jugendliche im schulischen und außerschulischen Bereich sind verstärkt zu unterstützen.
- Ausbau der fachlichen Ausbildung im Tourismus auf die Ziele der nachhaltigen Entwicklung, das heißt der umfassende Einbezug von Lehrgängen zur nachhaltigen Entwicklung im Tourismus auf allen Aus- und Weiterbildungsstufen.

❖ Transparenz statt »Labelsalat«! Regierungen, Behörden und NGOs müssen verstärkt der Tatsache Rechnung tragen, dass sich ein so komplexes Angebot wie eine Reise nicht mit einem einfachen Label glaubwürdig kennzeichnen lässt. Es gilt, Kriterien für Angebote so zu definieren und transparent zu bezeichnen, dass sie den KonsumentInnen eine verantwortliche Entscheidungshilfe beim Kauf einer Ferienreise bieten. Die Schaffung von einheitlichen Dachmarken und differenzierten Produktedeclarationen, die alle Dimensionen der Nachhaltigkeit berücksichtigen und von unabhängiger Stelle überprüft werden, ist ein zukunftsweisender Weg. Dabei ist der Einbezug kleiner AnbieterInnen bzw. armer Regionen durch besondere Unterstützung zu gewährleisten. Die enge Zusammenarbeit aller Stellen der touristischen Leistungskette — von AnbieterInnen bis EndverbraucherInnen — ist dafür unerlässlich.

❖ Verbraucherschutz im Reise- und Freizeitbereich ist wichtig! Die KonsumentInnenverbände sind jetzt besonders gefordert, die Ziele der nachhaltigen Entwicklung in die Schutzbestimmungen für die Reisenden aufzunehmen und Vorschläge für eine Neugewichtung auszuarbeiten. Diesbezüglich sind auch die Bestimmungen der Europäischen Union zu überprüfen und zu überarbeiten.

9

9 Internationale Wirtschafts - und Handelspolitik **Fairer Handel — auch im Tourismus!**

Die großzügige Öffnung ihrer Märkte hat den Ländern des Südens den Wohlstand nicht gebracht. Unter dem Druck der Schuldensanierung beziehungsweise der vom Internationalen Währungsfonds (IWF) verordneten Strukturanpassungen haben viele Gastländer Liberalisierungen vorgenommen, die den Tourismus als Exportsektor und »Devisenbringer« fördern sollten. Viele dieser Liberalisierungen wurden 1994 mit dem Abschluss der Dienstleistungsabkommen (GATS) im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO-OMC) festgeschrieben oder ausgebaut, als sich die Mehrheit der Länder der Welt dazu verpflichtet hat, ihren Tourismus dem globalen Markt weiter zu öffnen. Privatisierungen, Mehrheitsbeteiligungen für ausländische Firmen, großzügige Anreize für ausländische Investoren und weitere Zugeständnisse an private Tourismusunternehmen wie unbeschränkte Importe oder die Beschäftigung ausländischen Personals beschneiden die Verdienstmöglichkeiten der Gastländer am Tourismus drastisch.

Überdies haben die Freihandelsabkommen vielfach auch den Spielraum entscheidend begrenzt, den die Gastregionen zur Ausgestaltung des Tourismus entsprechend ihrer eigenen Bedürfnisse haben. KritikerInnen der Freihandelsabkommen aus Indien beispielsweise beanstanden, dass die Dienstleistungsverträge im Tourismus tief in innerstaatliche Regelungen eingreifen und die kommunale Selbstverwaltung gefährden. So sei es kaum mehr möglich, Verpflichtungen ausländischer Anbieter zur Ausbildung und Beschäftigung einheimischen Personals, soziale und ökologische Zulassungsstandards, Verbraucherschutz oder Begrenzungen etwa von Golfplätzen und Hotelanlagen in Naturschutzgebieten aufrechtzuerhalten.

Im Gegenzug wurden privaten Tourismusunternehmen weitreichende Rechte zugestanden, ohne dass ihnen entsprechende Pflichten auferlegt wurden. Zwar haben Hotel-, Transport- und Reisegesellschaften über die letzten Jahre in zunehmender Zahl sogenannte »voluntary initiatives«, Selbstverpflichtungen, unterschrieben, mit denen sie meist ein ökologisch verträglicheres Wirtschaften anstreben. Das ist wichtig, insbesondere auch für transnationale Unternehmen, die sich nationalstaatlichen Regulierungen leichter entziehen können. Dennoch ist der Wirkungsbereich dieser Initiativen bislang sehr beschränkt und in Widersprüche zur Wachstumslogik verstrickt. So hat die Tourismusbranche, die sich ansonsten gern umweltfreundlich gibt, tatkräftig mitgeholfen, die Vorlage für eine Ökosteuer auf den Balearen, Spanien, zu Fall zu bringen; die von ihnen eingereichte Verfassungsklage ist noch nicht entschieden. Vor allem aber

wird in den Selbstverpflichtungen des Privatsektors die soziale Dimension der Nachhaltigkeit vernachlässigt. So hätten sich in privatisierten, oft von internationalen Ketten übernommenen Hotels verschiedener Länder die Arbeitsbedingungen klar verschlechtert, ohne dass den Angestellten gewerkschaftliche Organisation zugestanden würde, beklagten Delegierte an der ILO-Tagung über die Auswirkungen der Globalisierung auf den touristischen Arbeitsmarkt vom April 2001. Die neue private Betreiberin des Zuges von Cuzco nach Machu Picchu, dem Heiligtum der Inkas und der wichtigsten Touristenattraktion in Peru, hat die Preise so massiv erhöht, dass sich Einheimische die Zugfahrt nicht mehr leisten können. Insbesondere transnationale Tourismuskonzerne haben auch Zugriff auf die weltweiten Reservationssysteme, die für einheimische AnbieterInnen unerreichbar bleiben. So haben diese keinen Zugang zu den Reisenden.



Genau da setzt das Konzept des Fairen Handels an, das heute im Tourismus noch weitgehend eine Vision darstellt. Die Zielvorstellung ist klar: Der Austausch zwischen Reisenden und Gastgebenden ist in wirtschaftlicher, sozialer, ökologischer und kultureller Hinsicht so auszugestalten, dass er zur Stärkung von benachteiligten Bevölkerungsgruppen in den touristischen Zielgebieten beiträgt. Im Unterschied zu anderen Tourismuskonzepten, die sich vornehmlich auf eine umwelt- und sozialverträglichere Gestaltung des Tourismus im Zielgebiet beschränken, beziehen sich die Forderungen und Zielvorstellungen des Fairen Handels im Tourismus auf sämtliche Akteure in der komplexen Leistungskette — von den Gästen bis zu den Gastgebenden (inklusive Reiseveranstalter und -vermittler in den Entsende- und Zielländern, Transportunternehmen von der internationalen bis zur lokalen Ebene, Reiseleitungen, aber auch Souvenirproduktion und Verkauf etc.). Nicht ausgespart dabei sind die Forderungen an die Verantwortlichen aus Regierungen und intergouvernementalen Organisationen, welche die Rahmenbedingungen der internationalen Wirtschafts- und Handelspolitik setzen. Gerade da gilt es dringend, für mehr Gerechtigkeit, Transparenz und Mitsprache zu sorgen. Die strukturellen Benachteiligungen für die Länder des Südens müssen aufgehoben werden, damit auch der Tourismus sich fair entwickeln und zur Nachhaltigkeit beitragen kann.

Forderungen

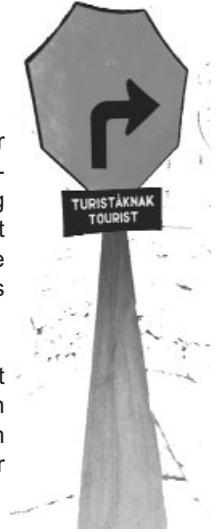
❖ Substanzieller Schuldenerlass für Entwicklungsländer und Reform der Schuldensanierungs- sowie Kreditvergabekonzepte, damit Mittel frei werden zur Beseitigung von Armut erzeugenden Strukturen und damit künftig nicht unter dem Druck der Devisenbeschaffung auf die Förderung nicht-nachhaltiger Formen des Tourismus zurückgegriffen wird.

❖ Kreditgeber aus der multilateralen Zusammenarbeit wie die Weltbank und ihre Tochterunternehmen, aber auch die EU, sind dringend angehalten, ihre Förderpraxis im Tourismus zu revidieren und klar auf die Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung auszurichten.

❖ Keine weiteren Liberalisierungsverpflichtungen zum Tourismus im Rahmen der Dienstleistungsabkommen (GATS) der Welthandelsorganisation (WTO-OMC), bevor die Auswirkungen der bereits getätigten Liberalisierungen nicht umfassend evaluiert sind. Auf dieser Grundlage müssen die krassen Benachteiligungen der Tourismusländer des Südens im weiteren Verlauf der Verhandlungen korrigiert werden. Keine Liberalisierung der grundlegenden öffentlichen Dienste im Rahmen der neuen WTO-Verhandlungsrunden, weil dadurch die natürlichen Ressourcen in Tourismusgebieten noch weniger geschützt und gerecht verteilt werden, während die Grundversorgung in Gesundheit und Bildung weiter bedroht wäre.

❖ Umwelt- und Sozialnormen sind nicht im Rahmen der Freihandelsverträge verhandelbar. Sie müssen in der Weltwirtschaftsordnung gegenüber den Finanz- und Handelsabkommen eine neue verstärkte Stellung einnehmen, welche die nachhaltige Entwicklung erst ermöglicht.

❖ Die ILO-Kernkonventionen sowie die branchenspezifische Konvention N° 172 (Working Conditions in Hotels and Restaurants, 1991) sind von allen Tourismusverantwortlichen aus Politik und Privatsektor als Mindeststandards bezüglich der Arbeitsbedingungen anzuerkennen und einzuhalten.



❖❖❖ Tourismusunternehmen sind dringend gefordert, die Leitgedanken der nachhaltigen Entwicklung in ihre Unternehmensführung einzubauen und konsequent zu beherzigen. Die Selbstverpflichtungen bezüglich umweltverträglichem und sozialverantwortlichem Wirtschaften sind auszubauen, insbesondere unter Berücksichtigung aller sozialen Bereiche, die von der Entwicklung des Tourismus tangiert werden. Unabhängige Kontrollen über die Einhaltung der Selbstverpflichtungen sind für die Glaubwürdigkeit unabdingbar.

❖❖❖ Konsequenter Abbau aller verzerrenden, oft verdeckten Subventionen im Tourismus, gerade auch der Investitionsanreize der Gastländer für ausländische Anleger, welche einheimische AnbieterInnen oft krass benachteiligen. Herstellung von Transparenz über alle Kosten sowie konsequente Umlage nach dem Verursacherprinzip in sämtlichen für den Tourismus relevanten Bereichen.

❖❖❖ Gezielte Förderung von allen Initiativen, die auf den Fairen Handel im Tourismus abzielen, insbesondere zur Stärkung kleiner Unternehmen für qualitativ wettbewerbsfähige Angebote und einen direkten, erleichterten Zugang zum Verbrauchermarkt.



10

10 Kohärente Politik

Politischer Wille zur Einhaltung der Menschenrechte und zu einem kohärenten Interessenausgleich zwischen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft ist auf allen Ebenen unabdingbar, damit künftige Generationen überall in Würde leben, Freizeit genießen und reisen können.

Eigentlich ist in unzähligen Papieren und Reden sehr weitgehend entworfen, wie der Tourismus seinen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten kann. Es gibt Konzepte und Richtlinien, Regulierungen und Beschlüsse von der kommunalen Ebene bis in die hohen Sphären der internationalen Politik. Doch die besten Konzepte nützen nichts, wenn sie nicht umgesetzt werden.

Die UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung hat auf ihrer 7. Sitzung (CSD-7) im April 1999 ein umfassendes Aktionsprogramm vorgelegt, wie der Tourismus künftig nachhaltig gestaltet werden soll. Gehen Sie heute in ein Reisebüro in hiesigen Breitengraden und fragen Sie nach, wer die CSD-7-Resolution kennt. Bis zu den Praktikern, die viele der gefassten Beschlüsse letztlich umsetzen müssten, ist das Papier nicht gelangt; und ganz offensichtlich sind noch viel zu wenig Anstrengungen seitens der Behörden und Verbände im Tourismus unternommen worden, um die wichtigen Beschlüsse denjenigen, die sie umsetzen müssten, überhaupt bekannt zu machen. Rio wird in diesen Kreisen vornehmlich mit Copacabana assoziiert; von der Agenda 21 oder gar der »Agenda 21 for the Travel & Tourism Industry«, die bereits 1995 von Tourismusverbänden erarbeitet wurde, wissen hierzulande die wenigsten ReiseverkäuferInnen.

Im Herbst 1999 hat die Welttourismusorganisation (WTO-OMT) einen globalen Ethikkodex zum Tourismus verabschiedet. Dieser »Global Code of Ethics for Tourism« formuliert ethische Prinzipien und Richtlinien für eine ganze Reihe von Tourismussituationen und Akteure. In der vorliegenden Version geben sie den Rahmen ab, den einzelne Akteure nun mit konkreten Engagements füllen könnten. Doch auch hier ist von einer konkreten Umsetzung wenig zu sehen. Zwar hat die WTO-OMT erreicht, dass das Papier von der UN-Generalversammlung abgesegnet wurde. Aber das im Ethikkodex vorgesehene Weltkomitee zur Überwachung der Einhaltung gibt es vorläufig erst auf dem Papier, und wiederum wissen die wenigsten Praktiker aus dem Tourismus und die wenigsten Reisenden überhaupt von der Existenz des Ethikkodex zum Tourismus.

Das sind nur zwei Beispiele für die eklatante Kluft zwischen guten Absichten und der effektiven Umsetzung von Maßnahmen, die zu einer nachhaltigen Entwicklung im Tourismus beitragen könnten. Die Liste ließe sich beliebig verlängern mit gestrandeten »Öko«-Vorhaben und fragwürdigen Wirtschaftsförderungen auf allen Ebenen. Die zitierten Beispiele machen gerade auch den Bruch zwischen Beschlüssen auf internationaler Ebene und dem Vollzug auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene deutlich. Und sie zeigen stellvertretend für andere Wirtschaftsbereiche, wie schwach die Stellung vieler Beschlüsse für ein umweltverträglicheres, sozialverantwortlicheres Wirtschaften ist. Häufig kommen diese nicht über den völkerrechtlichen Status des »soft law« oder der politisch-moralischen Empfehlungen hinaus, während die Industrieländer zur Förderung des Freihandels willens waren, sich auf eine globale Institution mit harten Rechtsverpflichtungen und Sanktionsmöglichkeiten zu einigen und diese weltweit durchzusetzen.

Im Hinblick auf den Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (WSSD) sind die Politikverantwortlichen auf allen Ebenen gefordert, für einen Interessenausgleich zwischen den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen der Nachhaltigkeit zu sorgen und dies mit klaren Neugewichtungen in allen Politikbereichen auf allen Ebenen zum Ausdruck zu bringen. Die Forderungen, die aus Nord und Süd, gerade auch von NGO-Seite zur Neugestaltung der Politik für eine nachhaltige Entwicklung vorgebracht werden, hören sich oft wie visionäre Zukunftsmusik an. Nichtsdestotrotz sollen hier Eckpunkte skizziert werden:

- Die Zusammenarbeit auf globaler Ebene ist in den Dienst der nachhaltigen Entwicklung zu stellen, auf die sich die Staatengemeinschaft in Rio verpflichtet hat. Dazu bedarf es effizienter multilateraler Institutionen mit hoher Verantwortlichkeit, Transparenz und demokratischen, partizipatorischen Regeln, welche ein gleichberechtigtes Mitwirken der Entwicklungs- und Transitionsländer erst möglich machen.
- Auf nationaler Ebene erforderlich ist eine verantwortliche, kohärente Regierungsführung, der transparente Einsatz öffentlicher Mittel zu Gunsten der nachhaltigen Entwicklung mit einer entsprechenden Handels- und Investitionspolitik sowie demokratische und partizipatorische Prozesse für alle politischen Entscheidungen.
- Seitens der Tourismusindustrie, insbesondere der transnationalen Konzerne, sind aktive Beiträge im Sinne einer verantwortungsvollen Unternehmensführung gefordert: die Führung des sozialen Dialoges mit den Beschäftigten, die Einhaltung und kontinuierliche Verbesserung der Arbeitsstandards, die konsequente Umsetzung von griffigen

Verhaltenskodizes («Codes of Conduct») und weitreichenden Selbstverpflichtungen für ein umweltverträgliches und sozialverantwortliches Wirtschaften, die Anerkennung der Prinzipien der guten Regierungsführung durch die Wirtschaft sowie den Abbau von Korruption.

- Last but not least — braucht es verantwortungsvolle BürgerInnen und Reisende, welche ihr Reise- und Konsumverhalten generell auf Ziele der nachhaltigen Entwicklung ausrichten und die Umsetzung dieser Ziele aufmerksam kontrollieren. Hierzu ist besonders auch eine unabhängige, kritische Medienberichterstattung notwendig.

Forderungen

❖ Die völkerrechtlichen Konventionen von Rio und die Beschlüsse der Agenda 21 dürfen nicht weiter den internationalen wirtschafts- und handelspolitischen Regeln untergeordnet werden. Umwelt- und soziale Gerechtigkeit auf globaler Ebene anstreben, heißt konkret, die Stellung von Umwelt- und Sozialnormen in der internationalen Politik im Rahmen der Vereinten Nationen so aufzuwerten und mit entsprechenden Strukturen zu versehen, dass sie in der Wirtschafts- und Handelspolitik vollumfänglich berücksichtigt werden.

❖ Bei den führenden multilateralen Organisationen der Wirtschafts- und Handelspolitik, insbesondere der Welthandelsorganisation (WTO-OMC), bedarf es dringender Reformen hinsichtlich Transparenz, Demokratie und gleichberechtigter Partizipation aller Länder in allen Abläufen.



❖ Die wirtschafts- und finanzpolitisch entscheidenden Gremien Weltbank und IWF, aber auch der EU und anderer multilateraler Geldgeber, sind aufgefordert, ihre Tourismuspolitik offen zu legen, ihre tourismuspolitischen Entscheidungen zur Diskussion zu stellen und in einem demokratischen, partizipatorischen Verfahren mit den Regierungen der Tourismusländer unter Einbezug der Zivilgesellschaft auf eine nachhaltige Entwicklung auszurichten.

❖ Dass die EU-Kommission, wie im November 2001 angekündigt, die nachhaltige Entwicklung der touristischen Aktivitäten in Europa durch die Erstellung einer Agenda 21 fördern will, ist sehr zu begrüßen. Richtlinien ersetzen jedoch nicht die integrative, sektorübergreifende Tourismuspolitik, die für die Trendwende hin zu Nachhaltigkeit im Tourismus notwendig ist — dies unter umfassendem Einbezug der Tourismusaktivitäten der BürgerInnen der EU in anderen Kontinenten.

❖ Auf nationaler Ebene sind die Regierungen gefordert, die im Vorfeld des Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg (WSSD) erarbeiteten Strategien für eine nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Tourismus- und Freizeitgestaltung sind darin auf allen Ebenen und in allen relevanten Politiksektoren zu berücksichtigen, insbesondere auch die Reisen der Staatsangehörigen ins Ausland. Die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategien ist auch im Tourismus unter Mitwirkung sämtlicher Akteure zu realisieren. Sie kann nur mit ausreichender finanzieller und institutioneller Ausstattung gewährleistet werden und ist im Sinne der Transparenz mit regelmäßiger öffentlicher Berichterstattung zu begleiten.



Quellen:

Alexander, Sara E./Gibson, Jane W.: Tourism Impact Assessment (TIA) — Participatory Empiricism in the Measurement of Ecotourism. Presented to the Society for Applied Anthropology, San Francisco, California, March 21-26, 2000

Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit (AGEZ) — NGO-Plattform für Umwelt und Entwicklung: Forderungskatalog an die Österreichische Bundesregierung zum UN-Weltgipfel Umwelt und Entwicklung "Rio+10", Wien, September 2001, www.oneworld.at/agez

Arbeitskreis Tourismus & Entwicklung Basel (akte): Kurznachrichten (vierteljährlich), www.akte.ch

Ashley, Caroline/Roe, Dilys/Goodwin, Harold: Pro-Poor Tourism Strategies: Making Tourism Work for The Poor. Pro-Poor Tourism Report N°1, ODI/IIED,CRT, London, April 2001, www.propoortourism.org.uk

Asia-Pacific Peoples' Forum: Statement of the Asia-Pacific Peoples' Forum on Sustainable Development, Phnom Penh, 25-26 November 2001, asiapacific_wssd@yahoo.com

Backes, Martina: Das Recht auf's Paradies. Der nachhaltige Tourismus integriert die Kritik in die Wachstumsideologie. In: *iz3w* 239, August 1999, www.iz3w.org/fernweh

Caalders, Janine/Duim van der, Rene/Boon, Gwen/Rivel, H.Quesada: Tourism and Biodiversity. Impacts and Perspectives on Interventions in The Netherlands and Costa Rica, Wageningen University, The Netherlands, 1999

CIPRA Schweiz: Tourismus mit Zukunft, Positionen. Kurzfassung, Zürich, Juli 2001, www.cipra.org

Corazza, Anna Paula: Bio Plunders. In: *The Earth Times*, 15.1.2001

Diaz Benavides, David/UNCTAD: The Sustainability of International Tourism in Developing Countries, Report presented at a Seminar on Tourism Policy and Economic Growth Berlin, OECD/OCDE, Berlin, 6-7 March 2001, www.oecd.org/dsti/sti/transport/tourism/news/UNCTAD.pdf

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA): Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 2002: Schweizerisches Themenpapier, Bern, Juli/Oktober/Dezember 2001, www.johannesburg2002.ch

Ecological Tourism in Europe (ETE/ÖTE) — EQUATIONS (India): The International NGO Workshop Tourism Towards 2002, Conference documents, New Delhi, India 24-26 September 2001

End Child Prostitution and Trafficking for sexual Purposes (ECPAT), www.ecpat.net; Dokumente zum Weltkongress von Yokohama, Dezember 2001, www.unicef.org, www.focalpointngo.org

European Commission Communication: Working together for the Future of European Tourism, COM (2001) 665 final, Brussels, 13.11.2001

Forum Umwelt & Entwicklung: Weltgipfel Johannesburg 2002: 10 Punkte für Nachhaltige Entwicklung, Bonn, Entwurf 4.11.2001/21.12.2001, www.forumue.de

— Austausch von Standpunkten mit Indigenen Gemeinschaften zu Tourismus und Biodiversität. In: Rundbrief Forum Umwelt & Entwicklung 2, 1999

Gardiner, Rosalie/Hemmati, Minu: Draft Gender & Sustainable Development Briefing, UNED Forum Briefing Papers/Social Series N°2, November 2001, www.earthsummit2002.org

German Federal Agency for Nature Conservation: Biodiversity and Tourism. Conflicts on the Worlds Seacosts and Strategies for their Solution, Springer Verlag, Berlin, 1997

German Federal Ministry for Economic Cooperation and Development (BMZ) / German Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation and Nuclear Safety (BMU): International Conference on Freshwater, Bonn, Germany, 3-7 December 2001, www.water-2001.de

Ghimire, Krishna B. (Ed.): The Native Tourist. Mass Tourism within Developing Countries. United Nations Research Institute for Social Development (UNRISD), Earthscan Publications Ltd, London, 2001

Gössling, Stefan: Tourism, Ecosystem Functions, and Human- Environmental Relations. Lund University, Human Ecology Division, Sweden, 2000

Grütter, Karin/ Plüss, Christine: Herrliche Aussichten. Frauen im Tourismus, Rotpunktverlag, Zürich, 1996

International Labour Organization (ILO): Human resources development, employment and globalization in the hotel, catering and tourism sector. Report for discussion at the Tripartite Meeting on Human Resources Development, Employment and Globalization in the Hotel, Catering and Tourism Sector, Geneva, 2-6 April 2001, Note on the Proceedings, www.ilo.org

International Year of Ecotourism (IYE): Declaring the Year 2002 as the International Year of Ecotourism: www.un.org/documents/ecosoc/res/1998/eres1998-40.htm, www.world-tourism.org/omt/ecotourism2002.htm, www.uneptie.org/tourism/ecotourism

— IYE-IYM: European Preparatory Conference for 2002 International Year of Ecotourism (IYE) and the International Year of Mountains (IYM): Ecotourism in Mountain Areas — a Challenge to Sustainable Development. Conference Documents. St. Johann, Austria, 12-15 September 2001

Jordan, Miriam: Brazilians Rue Fading of the Jangadeiros. In: The Wall Street Journal, 11.1.2001

Kalish, Angela: Tourism as Fair Trade. NGO Perspectives, Tourism Concern, London, 2001, www.tourismconcern.org.uk

Khor, Martin: Globalisation and the Crisis of Sustainable Development. Third World Network (TWN), September 2001, indigenous_wssd@yahoo.com; weitere Stellungnahmen auf www.twinside.org.sg

Mastny, Lisa: Traveling Light: New Path for International Tourism. World Watch Institute 2002, www.worldwatch.org

Meier, Ruedi: Nachhaltiger Freizeitverkehr, Verlag Rüegger, Chur/Zürich, 2000

Mooney, Pat Roy: The Parts of Life. Agricultural Biodiversity, Indigenous Knowledge, and the Role of the Third System. Development Dialogue, Special Issue, Uppsala, Sweden, 1997

Oehen, Sylvan: Blaues Wunder im Roten Meer. In: Reisen und Umwelt 5, SSR, Zürich, September 1997

Pleumaron, Anita: Mekong Tourism - Model or Mockery? A Case Study on "Sustainable Tourism". Third World Network (TWN), Penang, Malaysia, 2001

Plüss, Christine: Ferienglück aus Kinderhänden. Kinderarbeit im Tourismus. Rotpunktverlag, Zürich, 1999

Suchanek, Norbert: Ausgebucht. Zivilisationsfluch Tourismus. Schmetterling Verlag, Stuttgart, 2000

Suresh, K.T.: About the time we rethought Tourism in the GATS, EQUATIONS, Bangalore 2001, www.equitabletourism.org

Seifert-Granzin, Jörg/ Jesupatham, D. Samuel: Tourism at the Crossroads. Challenges to Developing Countries by the New World Trade Order. EQUATIONS, India / TOURISM WATCH, Germany, Frankfurt, 1999

Third World Network (TWN) / Tourism Investigation & Monitoring Team (t.i.m.-team) / Sahabat Alam Malaysia (SAM) / Consumer Association of Penang (CAP): Clearinghouse for Reviewing Ecotourism, N°1 - N°19, 2001, www.twinside.org.sg/title/iye.htm

Tourism Investigation & Monitoring Team (t.i.m.-team): Dossier on Ecotourism and Biopiracy. Prepared by the Tourism Investigation & Monitoring Team for The Third World Network (TWN) Seminar on Biodiversity and Intellectual Property Rights in Kuala Lumpur, Malaysia, 31.1.- 4.2.2001

TOURISM WATCH, EED, Bonn, Bulletin, www.tourism-watch.org

Treber, Manfred: Klimaschutz im Flugverkehr beginnen — Emissionsabgabe beschließen. In: Rundbrief Forum Umwelt & Entwicklung 3, 2001

— Luftverkehr und Klima — Problemdarstellung und Handlungsmöglichkeiten für die nächsten Jahrzehnte. Entwurf vom 16.5.1999

UN-Commission on Sustainable Development (CSD): Tourism and Sustainable Development, CSD 7th Session, New York, 19-30 April 1999, www.un.org/esa/sust-dev/tour2.htm#dec

— CSD-Indigenous Peoples Caucus at the 8th Session of the Commission on Sustainable Development: Ecotourism Definition, 4 May 2000, tourism-csd@yahoogroup.com

— CSD-Sustainable development of tourism, Report of the Secretary General, Organizational Session, 30 April — 2 May 2001, www.un.org/esa/sustdev/

— CSD-Implementing Agenda 21, Report of the Secretary-General, Second preparatory session, 28 January-8 February 2002 (Advance Unedited Text)

UN-Convention on Biological Diversity (CBD) / United Nations Environment Programme (UNEP): Workshop on Biological Diversity and Tourism, Santo Domingo, 4-7 June 2001; Draft international guidelines for activities related to sustainable tourism development in vulnerable terrestrial, marine and coastal ecosystems and habitats of major importance for biological diversity and protected areas, including fragile riparian and mountain ecosystems, http://groups.yahoo.com/group/cbd_guidelines/

CBD: Traditional Knowledge, Innovations and Practices, www.biodiv.org/programmes/socio-eco/traditional/default.asp

— CBD: Decision V/24: Sustainable Use as a Cross-cutting Issue, 2000, www.biodiv.org/decisions/default.asp?lg=0&m=cop-05&d=24

— CBD: Decision V/25: Biological Diversity and Tourism, 2000, www.biodiv.org/decisions/default.asp?lg=0&m=cop-05&d=25

UN-LDC III: Programme of Action for the Least Developed Countries for the Decade 2001-2010, Brussels 20.5.2001, UN-LDC III: Outcome of the High-Level Meeting on Tourism and Development in the Least Developed Countries, Gran Canaria, Spain, 26-29 March 2001, www.un.org/events/ldc3/conference/index.html

World Summit on Sustainable Development (WSSD): Priorities for WSSD — An Overview of the Regional Preparatory Meetings, 4 December 2001, indigenous_wssd@yahoogroups.com

— WSSD: Contribution of the Caribbean Subregion to the Regional Preparatory Process leading to the World Summit on Sustainable Development. Outcome of the Caribbean Subregional Prepcom, Havana, Cuba, 28-29 June 2001, http://www.johannesburgsummit.org/web_pages/caribbean_outcome.htm

World Tourism Organisation (WTO-OMT): Zahlen, Pressemeldungen und Berichte, insbesondere über das Internationale Jahr des Ökotourismus und den Globalen Ethikkodex für Tourismus, www.world-tourism.org

World Travel & Tourism Council (WTTC): Agenda 21 for the Travel & Tourism Industry. London, 1995, www.wttc.org

World Wide Fund for Nature International (WWF): Preliminary Assessment of the Environmental & Social Effects of Trade in Tourism. WWF International Discussion Paper, Gland, Switzerland, May 2001



D DANTE

Die Arbeitsgemeinschaft für Nachhaltige Tourismusentwicklung

DANTE ist ein Netzwerk von 17 entwicklungs- und umweltpolitischen Initiativen und Organisationen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die Arbeitsgemeinschaft **DANTE** versteht sich als Plattform für Fach- und Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit für eine nachhaltige Entwicklung im Tourismus.

Gemeinsame Perspektive ist ein Tourismus, der Rücksicht auf die Kultur und Lebensweise der Menschen nimmt, der Einkommen schafft, gleichberechtigte Partizipation aller Beteiligten ermöglicht, die Natur schützt und insgesamt die nachhaltige Gestaltung der Lebensbedingungen in touristischen Zielregionen fördert. Deshalb ist die aktive kritische Begleitung internationaler, europäischer und nationaler Prozesse in Tourismus und Politik zentrale Aufgabe von **DANTE**. Dabei geht es um die Frage, ob, wie und unter welchen Bedingungen Tourismus einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten kann und welche politischen Rahmenbedingungen dafür erforderlich sind.

Die Mitglieder von **DANTE** erstellen Analysen und Fachbeiträge und engagieren sich in unterschiedlichen Kooperationen und mit verschiedenen Akzenten in der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit ebenso wie in Bildungsmaßnahmen, Lobbyarbeit und Kampagnen. Praktische Umsetzungsimpulse, Beratungskompetenz und Dialogorientierung kennzeichnen das Selbstverständnis der Arbeitsgemeinschaft.

DANTE - Mitglieder:

akte — Arbeitskreis Tourismus & Entwicklung (Basel); BUND für Umwelt und Naturschutz (Berlin); D.A.R.T. - Dortmunder Arbeitskreis Raumplanung und Tourismus (Dortmund); ECPAT Deutschland e.V. (Freiburg i. Br.); FernWeh — Forum Tourismus & Kritik (Freiburg i. Br.); GATE — Gemeinsamer Arbeitskreis für Tourismus und Ethnologie (Hamburg); I.I.T.F. — Institut für Integrativen Tourismus und Freizeitforschung (Wien); KATE — Kontaktstelle für Umwelt & Entwicklung (Stuttgart); Naturfreunde Deutschland (Bonn); nfi — Naturfreunde Internationale (Wien); Naturfreundejugend Deutschlands (Remagen); Orlovius & Partner — Intercultural Management Services (Siegburg); Ö.T.E. — Ökologischer Tourismus in Europa (Bonn); respect — Zentrum für Tourismus und Entwicklung (Wien); Stattdreisen Hannover; TOURISM WATCH — Fachstelle des EED (Bonn); Umweltbüro Neubeuern

DANTE — Kontakt:

c/o TOURISM WATCH — EED
Ulrich-von-Hassel Straße 76
D-53123 Bonn
Telefon: +49 (0)228 - 81 01 2302
E-mail: tourism-watch@eed.de

B Bestellung

Deutsche und englische Fassung als pdf-file
oder Broschüre (gegen Versandkosten) zu beziehen bei:

Arbeitskreis Tourismus & Entwicklung, Missionsstr. 21,
CH - 4003 Basel, Tel +41 61 261 47 42, Fax +41 61 261 47
21, info@akte.ch, www.akte.ch

FernWeh — Forum Tourismus & Kritik, Postfach 5328,
D - 79020 Freiburg i. Br., Tel +49 761 70 75 125,
fernweh-iz3w@t-online.de, www.iz3w.org

Naturfreunde Internationale, Diefenbachgasse 36/3,
A-1150 Wien, Tel +43 1 892 387-77, Fax +43 1 812 97 89,
nfi@nfi.at, www.nfi.at

respect — Zentrum für Tourismus und Entwicklung,
Diefenbachgasse 36/3, A-1150 Wien, Tel +43 1 895 62 45,
Fax +43 1 812 97 89, office@respect.at, www.respect.at

TOURISM WATCH — Fachstelle des EED, Ulrich-von-Has-
sell-Str. 76, D-53123 Bonn, Tel +49 228 81 01 23 03,
Fax +49 228 81 01 160, tourism-watch@eed.de, www.tourism-watch.de

Spanische Fassung als pdf-file oder Broschüre (gegen Versandkosten) zu
beziehen bei:

KATE — Kontaktstelle für Umwelt & Entwicklung, Blumenstr. 19,
D-70182 Stuttgart, Tel +49 711 2483970, Fax +49 711 24839722,
angela.giraldo@kate-stuttgart.org, www.turismovision.kate-stuttgart.org



Bestelltalon

- ... Exemplare deutsch
- ... Exemplare englisch
- ... Exemplare spanisch

Name.....

Strasse.....

PLZ/Ort.....

SST

Schweizerische Stiftung für Solidarität im Tourismus
Swiss Foundation for Solidarity in Tourism

Die Stiftung SST unterstützt Organisationen, Projekte und Initiativen, die eine nachhaltige Tourismusentwicklung verfolgen. Beiträge der Stiftung SST sollen mithelfen, die Lebensgrundlagen der Bevölkerung in touristischen Zielgebieten zu erhalten, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse zu verbessern und die Umwelt zu schützen. Weiter sollen Initiativen und neue Ideen für einen ausgewogenen kulturellen Austausch zwischen Reisenden und Einheimischen gefördert werden.

Die gemeinnützige Stiftung wurde 2001 mit Mitteln aus dem Verkauf des Reiseveranstalters SSR Reisen, Zürich, gegründet.

Informationen und Kontakt:

Schweizerische Stiftung für Solidarität im Tourismus

Vogesenstrasse 103

CH-4056 Basel, Schweiz

www.sst-foundation.com

